

DISKUSSIONSMATERIAL I I

ÜBER DEN WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

(1976 - ANFANG 1978)

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Entwurf eines Vorworts zur "Revanchismus-Nummer", "Über die Aufgaben der westdeutschen Marxisten-Len- nisten (II) - Der westdeutsche Imperialismus" - ge- plant als GEGEN DIE STRÖMUNG Nr. 6	1
Gliederung der "Revanchismus-Nummer"	17
Gliederungsentwurf für ein geplantes Flugblatt ge- gen den westdeutschen Imperialismus anlässlich der Ereignisse in Mogadischu und Stammheim	34
Entwurf für eine Zeitung gegen den westdeutschen Imperialismus, die die Lehren aus den Ereignissen in Mogadischu und Stammheim ziehen sollte	40

DM 2,50

ENTWURF EINES VORWORTS ZUR "REVANCHISMUS-
NUMMER", "ÜBER DIE AUFGABEN DER WEST-
DEUTSCHEN MARXISTEN-LENINISTEN (II) -
DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS" -
GEPLANT ALS GEGEN DIE STRÖMUNG NR. 6

(1976)

VORWORT

Die Haltung zum westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus bildet einen fundamentalen Prüfstein für alle politischen Kräfte in Westdeutschland. Dabei handelt es sich weder um eine taktische Frage, noch um eine saisonbedingte Sache.

Die Haltung zum westdeutschen Imperialismus ist eine Frage nach dem Inhalt der politischen Linie, ein Maßstab zur Beurteilung der politischen Praxis.

Die Haltung zum westdeutschen Imperialismus bildet eine der fundamentalen Scheidelinien zwischen den Marxisten-Leninisten und anderen Revolutionären auf der einen Seite und Revisionisten Reformisten und Opportunisten aller Schattierungen auf der anderen Seite.

Während die Marxisten-Leninisten und andere Revolutionäre an der Spitze der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen Westdeutschlands, für die proletarische Revolution in Westdeutschland, für die Interessen der Völker der Welt kämpfen, erweisen sich Revisionisten, Trotzlisten und Opportunisten aller Schattierungen als Handlanger des westdeutschen Imperialismus, die auf der anderen Seite der Barrikade stehen.

Es war seit jeher das Geschäft der modernen Revisionisten sich an den eigenen Imperialismus anzubiedern und die Vorbereitung der proletarischen Revolution zu sabotieren.

Aber heute werden nicht nur die Leser des Organs der DKP, "UZ" mit der Verharmlosung des westdeutschen Imperialismus verseucht.

Seit geraumer Zeit ergießt sich dieses Gift auch über die Leser solcher Zeitungen, wie der "RM" der KPD/ML, der "RF" der KPD(RF) der "KVZ" des KBW usw. Diese angeblichen 'Antirevisionisten', die in Wahrheit Pseudomarxisten sind, propagieren in allen Variationen und mit vielerlei Raffinessen wie schädlich doch der Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus sei, der ja 'momentan' weder aggressiv noch eine reale Kriegsgefahr darstelle, 'im Prinzip' zwar schon ein Imperialismus sei, im Verhältnis zu den 'Supermächten' jedoch auf internationaler Ebene mehr 'positives' als negatives tue, ja man könne auch nicht alle Staatsmänner über einen Kamm scheren, auch hier gäbe es 'positive' Strömungen usw.

Man ertrinkt heute fast in der Fülle von solchen unglaublichen Versuchen, vom westdeutschen Imperialismus als Blutsauger der Völker abzulenken, seine Kriegsvorbereitung, seine ausgeprägten revanchistischen und militaristischen Züge, seine besondere Aggressivität als eigenständiger Kriegsherd zu leugnen und eilfertig abzustreiten, ja sogar offen für die Stärkung der revanchistischen Bundeswehr und 'Wehrbereitschaft' einzutreten usw.

Gemeinsam ist all denen, die die Gefahren, die vom westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus ausgehen, bagatellisieren, daß sie den Zusammenhang zwischen der heuti-

gen imperialistischen Aktivität und den Besonderheiten des westdeutschen Imperialismus mit der Geschichte der Entstehung des deutschen Imperialismus und seinen zwei welthistorischen Niederlagen im 1. und 2. Weltkrieg leugnen.

Wenn aus dem Mund von Opportunisten die Besonderheit des westdeutschen Imperialismus, der Revanchismus, angesprochen, der Begriff 'Revanchismus' überhaupt erwähnt wird, dann nur, um den Revanchismus des westdeutschen Imperialismus aus einzelnen, untergeordneten, teilweisen und zeitweiligen Aspekten zu erklären -- und somit zu verharmlosen-- wie etwa die Versuche den Revanchismus als etwas darzustellen,

- was sich nur gegen den Sozialismus richtet
- was sich nur gegen den Osten richtet
- was nur von Politikern wie F.J. Strauß propagiert wird
- nur von einer Fraktion des Kapitals betrieben wird usw.

Um ihre theoretischen Verrenkungen zur Verharmlosung des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus zu beweisen, produzieren die Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen viel bedrucktes Papier über alle möglichen Fragen.

Bezeichnenderweise denken sie aber nicht daran, sich einer wirklichen Untersuchung des westdeutschen Imperialismus zuzuwenden, seine Tätigkeit nach innen und außen möglichst allseitig zu analysieren und dann aus dieser Untersuchung ihre Schlußfolgerungen zu ziehen.

Eine solche Analyse ist aber eine Grundvoraussetzung, um ständig die Manöver des westdeutschen Imperialismus und die Handlangerdienste der modernen Revisionisten und diversen Opportunisten entlarven zu können. Sie ist eine Grundvoraussetzung, damit die marxistisch-leninistische Partei in Westdeutschland politisches Klassenbewußtsein in die Arbeiterklasse hineinbringen, die proletarische Revolution der bewaffneten Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei vorbereiten und dem westdeutschen Imperialismus schließlich den Garaus machen kann.

Den Beginn einer solchen Analyse versucht diese Nummer.

Unsere Hauptdifferenz zu den modernen Revisionisten und den 'antirevisionistischen' Pseudomarxisten liegt aber nicht -- wir betonen das -- im Fehlen einer detaillierten Untersuchung des westdeutschen Imperialismus oder etwa in der unterschiedlichen Einschätzung dieses oder jenes Aspekts des westdeutschen Imperialismus.

Denn den Kern, die Ursache Ihrer Verharmlosung und Bagatellisierung darf man nicht in einer mangelnden Untersuchung sehen. Der Kern, die Ursache liegt in ihrer kapitulantehaften, antirevolutionären Haltung, der Verfälschung, Revision und Verdrehung der Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, der proletarischen

Revolution der bewaffneten Volksmassen unter Führung des Proletariats und seiner Partei, der Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparats und der Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats, -- ihrer Ersetzung des proletarischen Internationalismus durch Chauvinismus der verschiedensten Sorten.

Das ist es, was uns hauptsächlich von den modernen Revisionisten und 'antirevisionistischen' Pseudomarxisten trennt.

Die Wahrheit ist also, daß die modernen Revisionisten und die 'antirevisionistischen' Pseudomarxisten die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus verfälschen und daher notwendig einseitig und willkürlich verschiedene Seiten des westdeutschen Imperialismus hervorheben, eine allseitige Analyse der wesentlichen Züge ablehnen oder verfälschen und zu kapitulantenhaften Schlußfolgerungen kommen.

Da also bei jeder Erscheinung des westdeutschen Imperialismus die Opportunisten grundlegend die Theorie des Marxismus-Leninismus revidieren und heute wichtiger als die hier begonnene Untersuchung und Darstellung aller konkreten Erscheinungen des westdeutschen Imperialismus, die Verteidigung des Marxismus-Leninismus ist, wurde bei unserer Darlegung der verschiedenen Seiten des westdeutschen Imperialismus sehr oft die grundlegenden Texte der Klassiker des Marxismus-Leninismus hinzugezogen und relativ ausführlich aus ihnen zitiert, um die ebenfalls zitierten Ausführungen der modernen Revisionisten und antirevisionistischen Pseudomarxisten prinzipiell, dann aber natürlich auch anhand der konkreten Tatsachen zu brandmarken und zu widerlegen.

Der ideologische Kampf zur Verbindung des Marxismus-Leninismus mit den konkreten Bedingungen Westdeutschlands ist ein fundamentales Problem des Aufbaus der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands und der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution.

Die Marxisten-Leninisten stehen im Kampf gegen Imperialismus und Opportunismus vor diesem Problem, das nicht glatt, ohne Fehler und Abweichungen bewältigt werden kann.

Um den Marxismus-Leninismus zu verteidigen und auf die konkreten Bedingungen Westdeutschlands anzuwenden, um beides zu verbinden, müssen unserer Ansicht nach folgende Hauptschwierigkeiten erkannt und schrittweise überwunden werden.

- a) Das Problem der mangelnden Beherrschung der Theorie des Marxismus-Leninismus
- b) Das Problem der prinzipienfesten Verarbeitung und Auswertung der Fülle 'konkreter Untersuchungen'
- c) Das Problem der mangelnden Verbindung der Marxisten-Leninisten mit der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen

Die Marxisten-Leninisten in Westdeutschland stehen im Grunde am Beginn des Studiums des Marxismus-Leninismus, -- der Philosophie des dialektischen und historischen Materialismus, der Kritik der politischen Ökonomie und des wissenschaftlichen Sozialismus.

In einer Situation, in der der moderne Revisionismus die ideologische Hauptgefahr in der internationalen Kommunistischen Bewegung und in der marxistisch-leninistischen Bewegung in Westdeutschland ist, ist es unbedingt notwendig, den Schwerpunkt des Studiums und des ideologischen Kampfes auf die Grundlagen des Marxismus-Leninismus, seine Prinzipien und Leitsätze zu legen. Das ist unbedingt notwendig, birgt aber ebenso notwendig eine Gefahr in sich, die man erkennen muß, um sie schrittweise zu bekämpfen. Die Gefahr eines "Anfangsdogmatismus".

Im programmatischen Aufruf der (bolschewistischen) Kommunisten der Sowjetunion wird dieses Phänomen erklärt. Die Waffe des Marxismus-Leninismus, die unermüdlich mit den Problemen des Kampfes gegen die modernen Revisionisten und 'antirevisionistischen' Pseudomarxisten und den Problemen der westdeutschen Revolution vor Augen studiert werden muß, wird notwendig :

"Im Moment ihrer Aneignung in dogmatischer Weise angeignet. "

" Ihre freie und schöpferische Anwendung kommt mit der Meisterschaft. So steht die Sache auch auf dem Gebiet dialektischen Gedankens. Das versteht ein jeder, der verstehen will. Dieser Anfangsdogmatismus muß überwunden werden, ABER DAS BEDEUTET NICHT, DAß WIR DEN MARXISMUS VERKAUFEN WIE DIE OPPORTUNISTEN !"

(zit.nach Rot-Front Verlag Kiel, S.44 - 45)

Angewandt auf die Probleme dieser Nummer bedeutet das, daß wir das Schwergewicht auch dann auf die Grundlagen des Marxismus-Leninismus gelegt haben, wenn uns die Anwendung auf die konkreten Bedingungen Westdeutschlands, nicht oder nur teilweise möglich war.

Daher wurden auch nur die wesentlichsten Züge des westdeutschen Imperialismus möglichst allseitig analysiert, die dann oft mehr illustriert als detailliert ausgeführt wurden.

Die detaillierte und mehr ins einzelne gehende Untersuchung muß durch weitere Arbeit noch durchgeführt werden, wobei dann die der vorliegenden Nummer auftretenden Fehler und Mängel -- einschließlich des möglicherweise auftretenden Anfangsdogmatismus korrigiert und verbessert werden müssen.

b

Die prinzipienfeste Verarbeitung der Fülle von bürgerlichen und revisionistischen "konkreten" Untersuchungen ist ein weiteres Problem.

Es ist eine große Erleichterung für die Marxisten-Leninisten, daß in einem Land wie Westdeutschland, wie Mao Tse-tung sagt, "relativ umfassendes", den "Mindestanforderungen genügendes Material über die gesellschaftlichen Verhältnisse" von der Bourgeoisie bereitgestellt wird. (Siehe Mao Tse-tung "Ausgewählte Werke Bd. III, S.9) (1)

Das bedeutet natürlich nicht, daß solche Materialien, und auch nicht die Materialien anderer marxistisch-leninistischer Parteien, die eigene Analyse überflüssig machen. Mao Tse-tung stellt treffend fest:

"In keinem einzigen Land kann die Kommunistische Partei damit rechnen, daß andere ihr diesbezüglich fertige Erkenntnisse liefern werden."
(Mao Tse-tung "Ausgewählte Werke" Bd. III, S.19)

Bei der Verwendung der bürgerlichen und revisionistischen Untersuchungen müssen die Marxisten-Leninisten aber genau die Bemerkungen und Gedanken Lenins und Stalins studieren.

In seinem großen Werk "Materialismus und Empiriokritizismus", mit dem er die theoretische Grundlage für die bolschewistische Partei schuf, warnte Lenin vor der Gefahr der Übernahme der Linie der bürgerlichen Autoren.

(1) Solches Material stellte die Bourgeoisie in China nicht zur Verfügung, so daß die chinesischen Kommunisten von Anfang an nur durch systematische "Untersuchungen auf der unteren Ebene" durch die Kader, die dort praktische Arbeit leisteten, Schritt für Schritt durch die Zusammenfassung und Verallgemeinerung dieser Forschung die gesellschaftliche Entwicklung als Ganzes theoretisch erfassen konnten. Diese Methode der Untersuchung trägt insofern also spezifische Züge Chinas - was von den Pseudomarxisten oft übersehen wird -, ist aber bei der Ausarbeitung der konkreten Taktik für die Massenkämpfe von allgemeiner Bedeutung. (Siehe Mao Tse-tung "Ausgewählte Werke" Bd. III, S.9)

Lenin warnte:

"daß man k e i n e m e i n z i g e n Professor der politische Ökonomie, der instande ist, auf dem Gebiet spezieller Tatsachenforschung die wertvollsten Arbeiten zu liefern, a u c h n u r e i n e i n z i g e s W o r t glauben darf, sobald er auf die allgemeine Theorie der politischen Ökonomie zu sprechen kommt. Denn diese letztere ist eine ebenso parteiliche Wissenschaft wie Erkenntnistheorie. Im großen und ganzen sind die Professoren der politischen Ökonomie nichts anderes als die Gelehrten Kommis der Kapitalistenklasse und die Philosophieprofessoren die gelehrten Kommis der Theologen.

Die Aufgabe der Marxisten ist es nun hier wie dort, zu verstehen, sich die von diesen 'Kommis' gemachten Errungenschaften anzueignen und sie zu verarbeiten (man kann zum Beispiel, wenn man die neuen ökonomischen Erscheinungen studieren will, keinen Schritt tun, ohne sich der Werke dieser Kommis zu bedienen), und z u v e r s t e h e n, die reaktionäre Tendenz derselben zu verwerfen, der e i g e n e n Linie zu folgen und die g a n z e L i n i e der uns feindlichen Kräfte und Klassen zu bekämpfen." (Lenin Werke 14, S.347)

Dieser wichtige Arbeitshinweis gilt nicht nur gegenüber den bürgerlichen Professoren, sondern ebenso gegenüber den revisionistischen Professoren und Theoretikern. Er gilt auch gegenüber jenen ehrlichen antiimperialistischen Gruppen und Organisationen, die oft mit sehr viel Fleiß Material z.B. über die Ausbeutung der Dritten Welt durch die westdeutschen Imperialisten zusammengetragen haben, dabei aber gleichzeitig eine falsche Linie des Kampfes propagieren.

Aber auch dann, wenn wolche Theoretiker wie bürgerliche oder revisionistische "Kommis" n i c h t auf allgemeine Fragen zu sprechen kommen, ist äußerste Wachsamkeit geboten.

Lenin warnte eindringlich davor, daß "Zahlenreihen" "verführerisch" sind:

"Unsere 'Kathedergroßen' ersticken auf diese Weise (AdV: Durch die Fülle von Zahlen) zweifellos den lebendigen marxistischen Inhalt der Daten."
(Lenin Werke 35, S.17)

Aber nicht nur in der marxistisch-leninistischen Anordnung und Interpretation der Zahlen und Statistiken, sondern auch in der A u s w a h l der Beispiele und "konkreten Tatsachen" liegt ein Problem, über das man sich Rechenschaft ablegen muß.

Da dieses Problem im Kampf gegen die eklektischen Methoden der modernen Revisionisten und "antirevisionistischen" Pseudomarxisten besonderes Gewicht hat, und diese immer wieder die in den nachfolgenden Zitaten gebrandmarkte falsche Methode anwenden und wirkliche Anbeter des "konkreten Beispiels" sind, zitieren wir Lenin zu dieser Frage bewußt ausführlich.

Lenin forderte in seinem Werk "Der Imperialismus" in seinem Vorwort dazu auf, stets die Gesamtheit der gesellschaftlichen Erscheinungen zu studieren, wobei die allseitige Analyse niemals vollständig erreicht werden kann. Aber, wie er an anderer Stelle sagt, "die Forderung nach Allseitigkeit wird uns vor Fehlern und vor Erstarrung bewahren." (Lenin Werke 32, S.85)

Und umgekehrt:

"Bei der ungeheuren Kompliziertheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens kann man immer eine beliebige Anzahl von Beispielen oder Einzelheiten ausfindig machen, um j e d e b e - l i e b i g e These zu erhärten."
(Lenin Werke 22, S. 194)

Zum selben Thema auch in bezug auf die demagogischen Manöver in der Propaganda und in bezug auf die Schlußfolgerungen für die Marxisten-Leninisten, sagt Lenin weiterhin:

"Auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Erscheinungen gibt es ein außerordentlich verbreitetes und ebenso fehlerhaftes Verfahren, nämlich das das Jonglieren mit Beispielen.

Beispiele einfach zusammenzutragen macht keine Mühe, hat aber auch keine oder nur rein negative Bedeutung, denn worauf es ankommt, das ist die konkrete historische Situation, auf die sich die einzelnen Fälle beziehen.

Tatsachen sind, nimmt man sie in ihrer Gesamtheit, in ihrem Zusammenhang, nicht nur 'hartnäckige', sondern auch unbedingt beweiskräftige Dinge. Nimmt man aber einzelne Tatsachen, losgelöst vom ganzen, losgelöst aus ihrem Zusammenhang, sind die Daten lückenhaft, sind sie willkürlich herausgegriffen, dann ist das eben nur ein Jonglieren mit Daten oder etwas noch Schlimmeres. ...

Die Schlußfolgerung daraus ist klar: Man muß versuchen, aus exakten und unbestreitbaren Tatsachen ein Fundament zu errichten, auf das man sich stützen kann und mit dem man jede der 'allgemeinen' oder 'auf Beispielen fußenden' Betrachtungen konfrontieren kann, mit denen heutzutage in einigen

Ländern so maßlos Mißbrauch getrieben wird.

Damit es wirklich ein Fundament wird, kommt es darauf an, nicht einzelne Tatsachen herauszugreifen, sondern den Gesamtkomplex der auf die betreffende Frage bezüglichen Tatsachen zu betrachten, ohne eine einzige Ausnahme, denn sonst taucht unvermeidlich der Verdacht, und zwar der völlig berechtigte Verdacht auf, daß die Tatsachen willkürlich ausgewählt oder zusammengestellt sind, daß nicht der objektive Zusammenhang und die objektive wechselseitige Anhängigkeit der historischen Erscheinungen in ihrer Gesamtheit dargestellt werden, sondern daß es sich um ein 'subjektives' Machwerk zur Rechtfertigung einer vielleicht schmutzigen Sache handelt. Das kommt vor ... und häufiger als man denkt."

(Lenin Werke 23, S.285-286)

Diese Forderungen Lenins und die von ihm aufgezeigten demagogischen Manöver lassen sich bei politischen Fragen auch leicht als das Problem von Teilforderungen und Endziel erkennen, auf das Lenin in seinem für den Aufbau der bolschewistischen Partei die ideologischen Grundlagen schaffenden Werk "Was tun?" eingeht.

Dort geißelt er den Kotau vor den "konkreten Sachen", für die sich die Massen mehr interessieren als für die Revolution, die berühmt-berüchtigten "greifbaren Resultate". (Lenin Werke 5, S. 523 und 419-420)

Der Pragmatismus und Reformismus in Ideologie und Politik führt notwendig auch zur Untersuchung von untergeordneten und nebensächlichen Aspekten, wie etwa "das Spezialstudium irgendeines Zweiges der Eisenproduktion" (Lenin Werke 5, S.439) oder ähnliches.

Die Beliebtheit des "Konkreten" und noch "Konkreteren" bei Reformisten und Opportunisten steht in völligem Gegensatz zur marxistisch-leninistischen Auffassung des Konkreten. Man muß die Wahrheit in den Tatsachen suchen, aber die Beschreibung von Tatsachen dient, wie Lenin eben aufzeigt, nicht immer der Wahrheit. Die Wahrheit ist immer konkret, aber nicht jede konkrete Aussage ist die Wahrheit oder dient der Wahrheit, der richtigen Widerspiegelung der Wirklichkeit.

Mao Tse-tungs Kampf gegen die Oberflächlichkeit und Vereinfachung, die dem Geist des Marxismus-Leninismus völlig widersprechen, ist für uns sehr wichtig. Er erklärte:

"Lenin sagte, daß die konkrete *A n a l y s e* einer konkreten Situation 'das innerste Wesen, die lebendige Seele des Marxismus' ist. Vielen unserer

Genossen fehlt eine analytisches Denkvermögen, sie wollen nicht t i e f in die komplizierten Dinge eindringen, sie nicht wiederholt analysieren und erforschen, sondern ziehen simple Schlußfolgerungen vor, die entweder eine absolute Bejahung oder eine absolute Verneinung darstellen."

(Mao Tse-tung "Ausgewählte Werke" Bd. III, S.189)

Diese Ablehnung der Analyse, diese Vorliebe für simple Schlußfolgerungen, sowie die von Lenin aufgedeckte eklektische Methode, einzelne Beispiele, einzelne Seiten herauszugreifen und daraus Schlußfolgerungen für das ganze zu ziehen, treffen wir bei den Publikationen der modernen Revisionisten und der "antirevisionistischen" Pseudomarxisten ständig an.

Sei es, daß lediglich einige Tatsachen, wie die Stationierung von US-Truppen in Westdeutschland, erwähnt werden, um Westdeutschland zu einem unterdrückten Land zu erklären, sei es, daß lediglich der Kapitalexport Westdeutschlands benannt wird, um zur Schlußfolgerung zu kommen, daß der Kampf für die Unabhängigkeit Westdeutschlands grundsätzlich falsch ist, sei es, daß man ausführlich und im Detail von neofaschistischen Aktivitäten berichtet, um sie zur Hauptgefahr im antifaschistischen Kampf zu erklären, sei es ... kurz, in dieser Nummer werden eine Fülle von Beispielen aus den Publikationen der Pseudomarxisten zitiert werden.

Daß diese Vorgehensweise, diese Methode und die dahinterstehende Linie der modernen Revisionisten und der "antirevisionistischen" Pseudomarxisten falsch ist, darüber sind wir uns völlig sicher.

Ob es uns aber selbst gelingt, den Anforderungen, die der Marxismus-Leninismus an die möglichst allseitige Analyse der wesentlichsten Züge des westdeutschen Imperialismus stellt, zu genügen, sind wir uns nicht sicher.

Wir können daher dem Leser nur versichern, daß wir die angegebenen Probleme und Schwierigkeiten sehen, uns bemüht haben, sie möglichst zu vermeiden und zu beseitigen, dabei aber am Anfang stehen, und ganz sicher sind, daß noch sehr lange Zeit Anstrengungen in dieser Richtung nötig sind und durch Kritik und Selbstkritik die aufgetretenen Fehler berichtigt werden müssen.

C

Ein weiteres Problem ist die mangelnde Verbindung der Marxisten-Leninisten mit der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen, die von der imperialistischen Aktivität der westdeutschen Imperialisten direkt und unmittelbar betroffen sind. Lenin lehrt uns, daß die

"revolutionäre Theorie ... nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt annimmt."

(Lenin "Ausgewählte Werke" Bd. III, S.397)

Die Theorie der westdeutschen Revolution muß auf die Fragen der Arbeiter Antwort geben, sie ist die Grundlage für die Propaganda und Agitation der marxistisch-leninistischen Partei.

Die Lösung der vielfältigen taktischen Fragen der revolutionären Massenbewegung wird dringend notwendig, aber auch eben möglich durch die Untersuchungen der Kader auf der unteren Ebene, durch die kämpferische Verbindung von Partei und Klasse.

Die weitere detaillierte Untersuchung des westdeutschen Imperialismus ist also unlöslich verbunden mit einer Verstärkung der Propaganda unter der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen, mit der verstärkten Massenbewegung, mit der verstärkten Verbindung der Marxisten-Leninisten mit der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen.

In der gegenwärtigen Situation ist die vorrangige Aufgabe der Marxisten-Leninisten, die Partei des Proletariats aufzubauen und dabei die grundlegende ideologische und politische Linie auszuarbeiten.

Die vorliegende Nummer versteht sich als Bestandteil dieser Aufgabe, die, um wirklich fruchtbar zu werden, fortgeführt werden muß, für den Sieg des klassenbewußten Proletariats und seiner Verbündeten über seinen Hauptfeind, den westdeutschen Imperialismus und alle seine Feinde, für den Sieg der proletarischen Revolution der bewaffneten Volksmassen, für den Sieg der Diktatur des Proletariats.

Die vorliegende Nummer bemüht sich auch, Fehler und Mängel der bisherigen Publikationen von GEGEN DIE STRÖMUNG, die bisher kritisiert wurden, zu korrigieren.

Die Redaktion von GEGEN DIE STRÖMUNG muß in folgenden acht Punkten Selbstkritik üben:

1) In GEGEN DIE STRÖUNG Nr. 1, den "Thesen" wird auf S.19 gefordert, "die Wurzeln des b e s o n d e r s a g g r e s - s i v e n DEUTSCHEN IMPERIALISMUS, MILITARISMUS und REVAN-CHISMUS ... (zu) verstehen und auf(zu)decken."

Dieser Gesichtspunkt ist sehr wesentlich, wird aber von den "Thesen" unzulässig eingegrenzt auf a) die "besondere Entwicklung des deutschen Kapitalismus und Imperialismus" und b) die "Politik des deutschen Imperialismus vom Ersten Weltkrieg bis heute". (Ebenda)

Im nachfolgenden Absatz wird sehr komprimiert und viele Glieder in der Kette der kausalen Zusammenhänge außer acht lassend etwas über die Geschichte Deutschlands in diesem Zeitraum gesagt.

Aber der innere Zusammenhang mit der besonderen Aggressivität heute wird nicht klar!

Ohne Zweifel falsch dabei ist, daß zum einen nicht das Studium der gesamten ökonomischen, politischen, militärischen und kulturellen Geschichte Deutschlands als Aufgabe gestellt wird und zum anderen nicht insbesondere das Studium der Entwicklung unseres heutigen Hauptfeindes, der deutschen Bourgeoisie, seit ihrer Entstehung im Feudalismus, ihrer ökonomischen Bedingtheit, ihrer auf dieser Grundlage durchgeführten "friedlichen" und ihrer Kriegspolitik gefordert wird.

Einsolches Studium ist nicht Selbstzweck, sondern dient dem tieferen Verständnis aller Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens auf seiten der Bourgeoisie, aber auch auf Seiten des Proletariats und der anderen Werktätigen in Westdeutschland und darüberhinaus auch zum tieferen Verständnis der heutigen Situation ganz Deutschlands.

Einen solchen inneren Zusammenhang zwischen Geschichte und heutiger Lage herzustellen, würde eine umfassende Darstellung der Geschichte selbst voraussetzen, auf die dann im Verlauf der spezielleren Ausführungen jeweils zurückgegriffen werden kann.

In der vorliegenden Nummer wird das nicht ausreichend geleistet, so daß das Studium der Geschichte zum tieferen Verständnis der heutigen Lage einer der wesentlichen Aufgaben der theoretischen Aufgaben ist und bleibt.

Der Grund, warum wir nur eine skizzenhafte Darstellung der Entstehung und der Hauptetappen des deutschen Kapitalismus und Imperialismus voranstellen und im Teil über den Chauvinismus ebenfalls skizzenhaft den "Ruhm" der deutschen Nation zergliedern in den Ruhm der geschichtlichen Aktionen des Proletariats und den zweifelhaften Ruhm der geschichtlichen Aktionen der Bourgeoisie, liegt in unseren mangelnden Kenntnissen. Wir haben uns das nicht zugetraut, noch nicht zuge-

traut. Diese Entscheidung erleichtert hat uns das ungeheure Anwachsen des Umfangs dieser Nummer, die ja nicht lediglich bei den Käufern herumliegen soll, sondern gelesen werden soll.

Wir müssen daher auf die glänzenden Analysen der Klassiker des Marxismus-Leninismus verweisen, die in einzelnen Broschüren oder im Rahmen von größeren geschichtlichen Abhandlungen die deutsche Geschichte behandeln.

Die umfassendste Zusammenstellung der Texte der Klassiker des Marxismus-Leninismus ist unseres Wissens der dreibändige Sammelband, der Schriften, Notizen, Aussprüche und Briefe über die deutsche Geschichte enthält, und deren Herausgabe 1953 im Dietz Verlag, Berlin, und im Verlag Das Neue Wort begann.

Mit der "Entstalinisierung" 1956 verschwanden diese Bücher leider, so daß sie heute nicht mehr gekauft werden können.

Wichtige Zusammenfassungen der deutschen Geschichte sind

- a) "Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum", die direkt nach dem Zweiten Weltkrieg vom Verlag für fremdsprachige Literatur in Moskau herausgegeben und 1972 in West-Berlin neuaufgelegt wurde;
- b) Eugen Varga "Der deutsche Imperialismus", im Oberbaumverlag, Berlin, als Nachdruck der Originalausgabe nach dem Zweiten Weltkrieg erschienen.

Wir betonen abschließend noch einmal, daß das Studium der deutschen Geschichte eine sehr große und umfassende Aufgabe ist, ohne die jedoch ein tieferes Verständnis der Gesetzmäßigkeiten von Revolution und Konterrevolution in Deutschland und insbesondere auch der Kampf gegen die Geschichtsfälschung und den Chauvinismus der westdeutschen Revanchisten nicht tiefgehend möglich ist. (1)

(1) Dieser erste Punkt soll der letzte Punkt der Kritik und Selbstkritik werden, da er so Überleitung und Quasi-einleitung der Nummer ist, die mit einer skizzenhaften Darstellung der deutschen Geschichte beginnt. Man könnte diesen Charakter betonen, indem man diesen Punkt etwa so einleitet: "Im letzten Punkt müssen wir auf ein Problem eingehen, das in dieser Nummer nicht gelöst wird. Seine Behandlung ist gleichzeitig eine Überleitung und Einleitung zum ersten Kapitel dieser Nummer: "Entstehung und Hauptetappen des deutschen Kapitalismus und Imperialismus: Der westdeutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus ist kein Gespenst der Vergangenheit!"

2) In der vorliegenden Nummer wird auch das Problem der Einschränkung der Unabhängigkeit Westdeutschlands behandelt. In diesem Zusammenhang muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß es falsch war in den "Thesen" und in der "Mai-Zeitung" von GEGEN DIE STRÖMUNG von einer "Okkupation" oder "Besetzung" Westdeutschlands zu sprechen, da Westdeutschland heute hauptsächlich selbst andere Länder unterdrückt und im wesentlichen eine eigenständige imperialistische Politik betreibt. (Siehe auch GEGEN DIE STRÖMUNG Nr. 4, wo im Vorwort auf S.V bereits Selbstkritik zu diesem Punkt geübt wurde.)

3) Genau den entgegengesetzten Fehler, nämlich eine Unterschätzung der Rolle des US-Imperialismus findet man dagegen in These 15 in den "Thesen", S.19. Dort heißt es: "Anleitung des US-Imperialismus ... spaltete ... der deutsche Imperialismus ... die deutsche Nation."

In These 18, auf S.22 der "Thesen" dagegen heißt es: "Infolge der Spaltung der deutschen Nation durch den US-Imperialismus, mit Hilfe der deutschen Monopolbourgeoisie ..."

Der Ausdruck "Anleitung" ist zu schwach und verschleiert das tatsächliche Diktat der US-Imperialisten bei der Spaltung Deutschlands. Daß dieses Diktat nicht sichtbar wurde, lag im Eigeninteresse der deutschen Monopolbourgeoisie, die dem US-Imperialismus nicht im Sinne einer Kompradorenbourgeoisie half, sondern durch den Aufbau des Bonner Revanchestaates - zunächst unter dem Diktat des US-Imperialismus - ein wesentliches Instrument zur Entwicklung einer erneuten imperialistischen Aktivität sah und mit Recht!

4) In These 15 auf S.19 der "Thesen" wird richtig die Rolle Westdeutschlands als Hauptpartner des US-Imperialismus in Europa aufgezeigt, aber die Bedeutung des westdeutschen Imperialismus als Hauptpartner des sowjetischen Sozialimperialismus in Westeuropa wird nicht erwähnt.

5) In These 18 auf S.22 der "Thesen" wird zu pauschal das Potsdamer Abkommen als starke Waffe für die Lösung der Deutschlandsfrage genannt. Wie in dieser Nummer analysiert wird, sind selbstverständlich eine ganze Reihe der Forderungen des Potsdamer Abkommens hinfällig durch den Bruch des Abkommens seitens des US-Imperialismus und nun auch des sowjetischen Sozialimperialismus, die nun sogar im demagogischen Gepäck der beiden Supermächte auftauchen.

6) Bei der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands heißt es in These 19 auf S.24 der "Thesen": "An und für sich ist die friedliche und nichtrevanchistische Wiedervereinigung eine demokratische Forderung."

Eine solche Formulierung ist falsch. "An und für sich" gibt es die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg nicht; und diese Frage darf auch nicht vermischt werden mit dem demokratischen Recht aller Nationen auf einen eigenen einheitlichen Nationalstaat im Kampf gegen Imperialismus und Feudalismus.

Die Frage der Wiedervereinigung war in der Nachkriegsperiode im Rahmen des demokratischen Kampfes lösbar; sie ist es heute nicht mehr. "An und für sich" muß man sich über die Frage der Wiedervereinigung eines gespaltenen imperialistischen Landes keinerlei Gedanken machen.

7) In These 28 auf S.37 der "Thesen" wird in der Frage des antifaschistischen Kampfes keine Gewichtung vorgenommen, ob nun der Kampf gegen die Faschisierung des Staatsapparates oder der Kampf gegen die faschistischen Stoßtrupps die vordringliche Aufgabe des antifaschistischen Kampfes ist. In der vorliegenden Nummer wollen wir zeigen, daß die vordringliche Aufgabe der Kampf gegen die Faschisierung des Staatsapparates ist.

8) Die Frage der staatlichen Souveränität der DDR, bzw. auch die Forderung nach dem Kampf für die staatliche Souveränität in GEGEN DIE STRÖMUNG Nr.3 auf S. 16.

a) Wir sind gegen jeden Eingriff der "eigenen" Imperialisten in die Unabhängigkeit anderer Länder, egal auf welchem Gebiet und in welcher Hinsicht. Auch gegen die Eingriffe in die staatliche Souveränität eines anderen imperialistischen Landes.

Wesentlich ist uns aber, all jene Eingriffe anzuprangern, die die Revolution des Proletariats in den betreffenden Ländern erschweren. Der Staat dort ist der Staat der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, und es ist nicht einzusehen, daß wir insbesondere Propaganda für seine "Verteidigung" - natürlich nicht gegenüber der eigenen Arbeiterklasse, sondern gegenüber unserer imperialistischen Bourgeoisie - entfalten.

Vielmehr müssen wir für die Unabhängigkeit der anderen Länder in allen Bereichen pauschal eintreten, aber insbesondere jegliche Einschränkungen der Rechte und Möglichkeiten der Arbeiterklasse in diesen Ländern anprangern.

b) Schwieriger wird es in bezug auf die Verhältnisse in Westdeutschland. Hier muß man gegen die Verteidigung des Staates der eigenen imperialistischen Bourgeoisie in jeder Hinsicht unmißverständlich Front machen. Wir kämpfen für die Unabhängigkeit unseres Landes, und auch das nur insofern es der proletarischen Revolution nützt. Schadet es ihr, müssen wir zu den größten "nationalen Opfern" bereit sein.

(Siehe hierzu "Der Linksradikalismus" Lenin Werke 31 zum Problem der Anerkennung des Versailler Vertrages im Falle einer proletarischen Revolution in Deutschland.)

Man muß stets im Auge behalten, daß der imperialistische Staat nach außen und nach innen operiert, es also quasi gleichbedeutend ist für die Unabhängigkeit der westdeutschen Imperialisten und für die Unabhängigkeit ihres Staa-
tes zu kämpfen.

Entwurf einer Gliederung für die im Februar 1976 in GEGEN
DIE STRÖMUNG Nr. 5 angekündigte "Nr. 6":

ÜBER DIE AUFGABEN DER WESTDEUTSCHEN MARXISTEN-LENINISTEN (II)
DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS

Zunächst soll in einer Vorbemerkung ähnlich wie in GEGEN
DIE STRÖMUNG Nr. 4 folgendes behandelt werden:

- Der Stellenwert dieser Nummer und ihr Zusammenhang mit den Nummern 4 und 7 (1); als ein Kern der Kampf gegen den "vaterländischen" Opportunismus.
- Das Problem von Analyse und Illustration, die Rolle der Fakten und die Gefahren des "konkreten" Materials, das Herangehen an Statistiken aus bürgerlichen und revisionistischen Publikationen.
- Selbstkritik, also Fehler von GEGEN DIE STRÖMUNG Nr. 1 "Über die Aufgaben der westdeutschen Marxisten-Leninisten", der Mai-Zeitung 1975 etc.

Einleitung:

Ausgeführt wird: Im Verlauf der weltgeschichtlichen Epochen Feudalismus und Kapitalismus hat sich in Deutschland durch die schließliche Verschmelzung von Bourgeoisie und feudalen Junkern eine extrem reaktionäre herrschende Klasse herausgebildet. Diese im reaktionären Preußentum verhaftete imperialistische Bourgeoisie zettelte zwei Weltkriege an und verlor beide! Ist das reine Geschichtsbetrachtung für Historiker? Nein, denn die Marxisten-Leninisten müssen Geschichtskennntnisse für ihren heutigen Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus besitzen. Ziel der Beschäftigung mit der Geschichte des westdeutschen Imperialismus ist es, jenen, die behaupten, der westdeutsche Imperialismus sei heute ein ganz anderer und der Faden der Geschichte sei durchgeschnitten, durch die Analyse der Tätigkeit der deutschen imperialistischen Bourgeoisie heute zu beweisen, wie sich der deutsche Imperialismus heute als Gefahr für die Völker der Welt und als Hauptfeind des Proletariats in Westdeutschland darstellt.

(1) Die im Dezember 1975 erschienene Nr. 4 "Über die Aufgaben der westdeutschen Marxisten-Leninisten (II) - Zur internationalen Lage" behandelte den Kampf der unterdrückten Nationen und die Rolle der beiden "Supermächte". Die geplante Nr. 7 sollte auf die Probleme des Kampfes in den "Ländern der Zweiten Welt" eingehen.

(Dieser Geschichtsteil wird sehr knapp sein und darauf verweisen, daß a) die Geschichte Deutschlands bei den Klassikern des Marxismus-Leninismus und durch marxistisch-leninistische Zusammenfassungen studiert werden muß, und daß b) der Kern nicht so sehr ist, daß die Opportunisten diese Geschichte abstreiten - siehe z.B die Herausgabe der Sowjet-Enzyklopädie über Deutschland durch die FRANKFURTER MARXISTEN-LENINISTEN, eine extrem sozialchauvinistische und konterrevolutionäre Vereinigung, - sondern daß sie sie als für heute nicht mehr lehrreich in bezug auf den deutschen Imperialismus erklären.)

Nun beginnt ohne Übergang die Nummer, die in vier Päckchen aufgeteilt ist:

- 1.) Der westdeutsche Imperialismus in der internationalen Arena; gegliedert nach der Einschätzung der Lage und den sich daraus ergebenden Aufgaben.
- 2.) Der westdeutsche Imperialismus im Innern; ebenfalls gegliedert nach Lage und Aufgaben.
- 3.) Die Deutschlandfrage - Entstehung, prinzipielle Herangehensweise, heutige Lage und die Aufgaben.
- 4.) Über das Verhältnis der verschiedenen demokratischen Kämpfe - dem antifaschistischen und antimilitaristischen Kampf, dem antiimperialistischen Kampf gegen den "eigenen" Imperialismus und gegen die beiden Supermächte, dem Kampf für die Souveränität Westdeutschlands gegen die beiden Supermächte und den westdeutschen Imperialismus, dem Kampf für die Wiedervereinigung Deutschlands, die nur auf der Grundlage der siegreichen sozialistischen Revolution in der DDR, in West-Berlin und in Westdeutschland möglich ist, - und dem Kampf zur Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Als Anhang die Linie der KPD/ML zum westdeutschen Imperialismus ab 1967.

Begründung für diese Reihenfolge der vier Päckchen:

Für den westdeutschen Imperialismus als Imperialismus ist wesentlich seine internationale Aktivität, die - trotz Wechselwirkung - vor allem seine Militarisierung und Fasischisierung im Innern bestimmt.

Diesen Zusammenhang konkret herauszustellen, ist allerdings noch nicht die Aufgabe der Päckchen 1 und 2, da das Verhältnis der verschiedenen demokratischen Aufgaben abschließend und grundlegend behandelt werden muß, um wirklich alle Aspekte zu erfassen.

So wird also die internationale Aktivität des westdeutschen Imperialismus dargestellt, ohne auf die inneren Zusammenhänge dieser Aktivität mit der Aktivität im Innern einzugehen. (Außer einer allgemein gehaltenen Bemerkung am Anfang des Päckchens 2 über die Außen- und Innenpolitik der Imperialisten.)

Dabei betrachten die Verfasser die internationale Aktivität doch als einen relativ eigenständigen Komplex, so daß zunächst nur aus diesem Teil Aufgaben gefolgert werden.

Dann wird wieder mit der Lage - diesmal im Innern - begonnen und aus dieser, auch als relativ selbständigen Komplex, die notwendigen demokratischen Aufgaben abgeleitet.

Bei diesem Wechsel der Darstellung von Aufgaben und Lage besteht die Gefahr, daß weder die Lage noch die Aufgaben als Einheit begriffen werden. Doch die Gefahr, überhaupt den Überblick zu verlieren, erschien uns größer, zumal Mittel vorhanden sind, um die Zusammenhänge schließlich doch sichtbar werden zu lassen: a) Querverweise; b) vor allem das vierte Päckchen. Das vierte Päckchen beweist, wie wesentlich die Verfasser die Synthese ansehen, die aber auf einer Zergliederung, einer Analyse aufbauen muß.

Soweit zur Reihenfolge der Päckchen 1 und 2. Warum folgt nun Päckchen 3 "Deutschlandfrage" vor Päckchen 4 "Zusammenfassung der verschiedenen demokratischen Kämpfe und der Kampf für die Diktatur des Proletariats"?

Das wurde ausführlich diskutiert und folgende Argumente gaben den Ausschlag:

- Die Deutschlandfrage ist nicht lediglich die Frage der gespaltenen deutschen Nation. Vielmehr umfaßt sie heute die Geschichte der Spaltung Deutschlands infolge des verlorenen Zweiten Weltkrieges und die gesamte in Päckchen 1 und 2 dargestellte Aktivität des westdeutschen Imperialismus nach innen und nach außen.

Hier kristallisieren sich speziell heraus: Das Verhältnis von proletarischem Internationalismus und nationaler Frage bzw. von antiimperialistischem Kampf und nationaler Frage auf der Grundlage von unterdrückenden und unterdrückten Aspekten in der heutigen Situation in Westdeutschland. Daher muß Päckchen 3 direkt an die Päckchen 1 und 2 anschließen.

- Gerade auch die ideologischen Aufgaben, wie sie sich aus der Geschichte und der heutigen Aktivität des deutschen Imperialismus ergeben, fließen in der Deutschlandfrage zusammen, die eben von der Geschichte und von der heutigen Lage - als Zusammenfassung der Päckchen 1 und 2 - her angepackt wird.
- Ausschlaggebend war schließlich der indirekte Aspekt: Würde man die Deutschlandfrage als viertes Päckchen hinstellen, könnte man die sich aus ihr ergebenden Aufgaben nicht in der Zusammenfassung berücksichtigen, bzw. würde man sich zwecklos wiederholen.

PÄCKCHEN 1: Die internationale Aktivität des westdeutschen Imperialismus

I) Lage

- A) Die verbrecherische Aktivität des westdeutschen Imperialismus auf internationaler Ebene.
(an und für sich betrachtet, also genauere Analyse der Konkurrenz und des Verhältnisses mit den beiden Supermächten, denn Verbrechen sind es unabhängig vom Verhältnis zu den Supermächten!)
- 1) Expansion in die Dritte Welt; Übersicht und ausführliche Behandlung von exemplarischen und typischen Ländern, wie Brasilien, um die Methoden konkret aufzuzeigen.
- 2) Expansion in die Randländer Europas wie Spanien oder die Türkei.
- 3) Expansion in hochindustrialisierte Länder, in kleine Staaten wie Belgien, aber auch in Frankreich, England und selbst den USA.
- 4) Expansion in die Länder Osteuropas.
- 5) Aktivitäten gegen China und Albanien.
- B) Rivalität und Allianz bei dieser verbrecherischen Tätigkeit mit den Supermächten.
(Sie wird bewußt danach behandelt, weil wir eben eine Nummer über den westdeutschen Revanchismus schreiben.)
- 1) Entwicklung des politischen, ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Westdeutschland und den USA bzw. mit den anderen westeuropäischen Imperialisten.

- 2) Klärung der zunehmenden Rivalität, bei gleichzeitig nicht aufgegebener Allianz, mit den USA, aber auch mit der Sowjetunion; Belege dafür, daß Westdeutschland der Hauptpartner der USA ist.
- 3) Inwieweit ist Westdeutschland noch politisch, ökonomisch und militärisch abhängig und bedroht von den Supermächten, vor allem von den USA, aber auch von der Sowjetunion. Ist Westdeutschland ein hauptsächlich unterdrückendes oder unterdrücktes Land?
- 4) Zusammenfassende Schlußfolgerung: Westdeutschland ist ein eigener, gefährlicher, realer Kriegsherd! Das ist das Konzentrat aus den bisherigen Ausführungen.

II) Aufgaben

- C) Ein zentraler Punkt des antiimperialistischen Kampfes: Den "eigenen" Imperialismus bekämpfen!
(Hier soll an den entsprechenden Teil aus GEGEN DIE STRÖMUNG Nr. 4 angeknüpft werden.)
 - 1) Zusammenfassung der besonderen Aufgaben, die besonders vom westdeutschen Imperialismus bedroht sind, d. h. Kenntnis der dortigen Kämpfe, ihre Propagierung und das Verständnis als entscheidende Schläge gegen den eigenen Imperialismus.
 - 2) Eine wichtige Aufgabe ist es, den Zusammenhang der heutigen Verbrechen mit denen des deutschen Imperialismus in der Vergangenheit in den jeweiligen Ländern aufzuzeigen.
 - 3) Kampf gegen die diversen demagogischen Manöver der Imperialisten als ständige Aufgabe.
 - 4) Die Manöver der Opportunisten als Widerspiegelung der Propaganda der Imperialisten:
 - "Hilfe für die Dritte Welt"
 - "so schlimm ist es gar nicht"
 - "200 Millionen Deutsche sind stärker als 60 Millionen"
 - "Zwei Fraktionen" innerhalb des westdeutschen Imperialismus
- D) Als Kern der Manöver der Opportunisten kristallisiert sich heraus: Die Rivalität mit den USA ist positiv auf der internationalen Arena. Die Marxisten-Leninisten haben dagegen die Aufgabe, die Volksmassen über das Wesen dieser Rivalität aufzuklären.
 - 1) Klarstellung des Verhältnisses zu anderen Imperialisten insbesondere zu den USA und der Sowjetunion in der BRD und auf internationaler Ebene.

- 2) Notwendigkeit des Kampfes für die Unabhängigkeit und Souveränität Westdeutschlands.
- 3) Aber vor allem muß gegen die Opportunisten, die die Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus leugnen herausgestellt werden: Die Konsequenz aus dem dem eigenständigen Weg des westdeutschen Imperialismus ist die allseitige Entlarvung seiner Kriegsvorbereitungen.

PÄCKCHEN 2: Die Aktivität des westdeutschen Imperialismus im Innern

I) Lage

- A) Einleitend eingehen auf die Wechselwirkung von internationaler Lage und der Lage im Innern. Der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat verschärft sich durch die weltweite Krise des Imperialismus.
 - 1) Die weltweite Krise, politische Reaktion, Faschisierung und Kriegsvorbereitung, sowie vor allem die Wellen des nationalen Befreiungskampfes und der Revolution führen zur Militarisierung, Faschisierung und verstärkten Ausbeutung. Eine Folge ist die Verstärkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus.
 - 2) Aber Militarisierung, Faschisierung und verstärkte Ausbeutung sind auch eine Antwort auf die zwar noch vergleichsweise schwachen, aber zunehmenden Klassenkämpfe in Westdeutschland.
 - 3) Andererseits sind es aber gerade die relativ niedrig entwickelten Klassenkämpfe, die auch die Faschisierung, Militarisierung und die verstärkte Ausbeutung so relativ ungestört ermöglichen, aber das kann natürlich infolge des Kampfes der revolutionären Marxisten-Leninisten nicht lange Zeit so bleiben. Um den Kampf gegen die Faschisierung etc. organisiert und bewußt führen zu können, sind verschiedene Kenntnisse erforderlich.
- B) Verstärkte Ausbeutung - Verschärfung der Kämpfe der Arbeiter.
 - 1) Inflation, Arbeitslosigkeit und verstärkte Arbeitshetze: Erscheinungen der tiefen Krise des Kapitalismus.
 - 2) Die Manöver des Kapitalismus: Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und soziale Demagogie wie der Betrug durch die "Mitbestimmung".

- 3) Rolle des reaktionären Gewerkschaftsapparates bei Anwachsen und Abnahme der ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse. Anwachsen und Abnahme der Kämpfe und ihr gegenwärtiger Stand.
 - 4) Knapper Vergleich des Standes der Klassenkämpfe mit anderen Ländern. Überblick über die Entwicklung seit der Entartung der KPD nach 1956.
- C) Militarisierung und Kriegsvorbereitung der westdeutschen Revanchisten.
- 1) Einleitend: Militarisierung als heute wesentlichster Zug auf allen Lebensgebieten in der Tradition des deutschen Militarismus.
 - 2) Entwicklung der militärischen Stärke von 1955-1975 - Bewaffnung und personelle Stärke.
 - 3) Das Verhältnis zwischen der NATO und der Bundeswehr anreißen und herausstellen, daß der westdeutsche Imperialismus ein eigener Kriegsherd ist.
 - 4) Ökonomische und politische Bedeutung der Militarisierung:
 - a) Ständige Ausdehnung der Rolle des Staates. (Gehört vor allem zur Faschisierung.)
 - b) Strukturelle Ausrichtung der gesamten Wirtschaft auf Militarisierung. Das muß in Stadt und Land nachgewiesen werden.
 - c) Die Bedeutung gewisser ökonomischer Schwächen bei der Kriegsvorbereitung für die Expansion des westdeutschen Imperialismus. Z.B. besondere Expansion nach Südafrika aufgrund der dortigen Uranvorkommen.
 - d) Waffenlieferungen an reaktionäre Regimes. (Querverweis zum Teil internationale Lage.)
 - 5) Ideologische Militarisierung durch großangelegte Übungen und Manöver. Schaffung einer "Bundeswehr-Ideologie", Nazi- und Kriegsnostalgie, Military-Look etc.
 - 6) Die besondere Rolle der Sozialdemokratie durch den Entspannungsrummel.
- D) Faschisierung und die Gefahr des Faschismus.
- 1) Einleitend der Zusammenhang von Kriegsvorbereitung und Militarisierung auf der einen und Faschisierung auf der anderen Seite.
 - 2) Die Bedeutung der Faschisierung des Staatsapparates und faschistischer Stoßtrupps, sowie der Errichtung des Faschismus.
 - 3) Faschisierung des Staatsapparates durch Gesetze und sich verschärfende Maßnahmen.

- 4) Die Entwicklung faschistischer Stoßtrupps und ihre Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat.
 - 5) Die Gefahr einer faschistischen Machtergreifung.
 - 6) Die besondere Rolle der Sozialdemokratie.
 - 7) Die Züchtung einer faschistischen und nationalistischen Ideologie insbesondere auch gegen ausländische Arbeiter.
- E) Welche Kämpfe gibt es bereits gegen die Militarisierung und Faschisierung?

II) Aufgaben

- A) Grundlegendes über die Aufgaben der Marxisten-Leninisten gegenüber spontanen ökonomischen und demokratischen Kämpfen: a) sie müssen als solche bewußt und organisiert geführt werden, b) es muß eine richtige Propaganda über die Wurzeln, die ausgerissen werden müssen, gemacht werden.
- B) Ökonomischer Kampf und Entlarvung der Gewerkschaftsbürokraten.
- C) Kampf gegen die Militarisierung.
 - 1) Die nach außen gerichtete Funktion der Militarisierung muß unmißverständlich als aggressiv, als Instrument der eigenen Kriegsziele des westdeutschen Imperialismus entlarvt werden.
 - 2) Demaskierung der pseudomarxistischen Organisationen, die behaupten, bestimmte Seiten der Bundeswehr dienen der "Verteidigung" bzw. sogar ihre Stärkung und Umwandlung in eine "Verteidigungsarmee" verlangen.
 - 3) Bedeutung der Entlarvung der "zivilen" Militarisierung und der Entlarvung der Sozialdemokratie und des modernen Revisionismus bzw. der DKP in diesen Fragen.
 - 4) Problem des Kampfes gegen ökonomische Auswirkungen der Militarisierung und gegen die Opportunisten aller Schattierungen. Z.B. Kampf gegen die Atomkraftwerke vor allem wegen der Unfallgefahr oder in erster Linie wegen der Möglichkeit zur atomaren Bewaffnung für die westdeutschen Imperialisten.
- D) Kampf gegen die Faschisierung.
 - 1) Einleitend gegen eine einseitige Betrachtungsweise des Faschismus.
 - 2) Hauptaufgabe gegen die aktuelle Faschisierung des Staatsapparates: Die Entlarvung der Rechtskartelltheorien.

- 3) Gegen die Unter- bzw. Überschätzung der faschistischen Stoßtrups.
 - 4) Ist eine faschistische Machtergreifung, ein Militärputsch etc. ausgeschlossen? Die Vorbereitungen dafür aufzeigen, die Erfahrungen Italiens propagieren etc.
 - 5) Kampf gegen die verschleiernde Rolle der "bürgerlichen Demokratie" insbesondere durch die Sozialdemokratie und die modernen Revisionisten der DKP. In Wahrheit herrscht in der BRD keine bürgerliche Demokratie mehr.
- E) Der Kampf gegen die Militarisierung und Faschisierung muß in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung stehen und sich gegen die Tradition des Hitlerfaschismus richten.

PÄCKCHEN 3: Die Deutschlandfrage

(Vorbemerkung: Hier gibt es noch erhebliche Probleme bei der Gliederung, deshalb hat folgender Vorschlag in der Grundstruktur nicht die Festigkeit wie bei Päckchen 1 und 2)

I) Lage, sowie Entstehung und Grundsätzliches

- A) Einleitend: Die Zusammenfassung der heutigen Lage in ganz Deutschland. Erstens die Lage Westdeutschlands. Zweitens die Lage Ostdeutschlands. Drittens als Übergang: Diese Lage ist in ihrer heutigen Kompliziertheit das Produkt eben der ungelösten Deutschlandfrage, in deren Lösung sich alle grundlegenden Probleme der Revolution konzentrieren, die aber auch in ihrer ideologischen und politischen Bedeutung nur durch die Grundlehren des Marxismus-Leninismus und die konkrete geschichtliche Entwicklung verstanden werden kann.
- B) Da der Hitlerfaschismus nicht durch das deutsche Volk selbst vernichtet werden konnte, wurde Deutschland von der Anti-Hitler-Koalition rechtmäßig besetzt, wodurch die Deutschlandfrage entstand.
- C) Grundproblem war einerseits der Widerspruch: Wie sollen die Aktivität des deutschen Volkes und die Aktivität der Anti-Hitler-Koalition zur Vernichtung des Hitlerfaschismus miteinander koordiniert werden? Andererseits wurde dieser Widerspruch sehr stark bestimmt vom Widerspruch in der Anti-Hitler-Koalition zwischen der sozialistischen Sowjetunion und den westlichen Imperialisten.

- D) Aus der Sicht des deutschen Volkes hätte der Hauptaspekt auf der eigenen Aktivität liegen müssen und die Aktivität der Anti-Hitler-Koalition hätte als Hilfe betrachtet werden müssen.
- E) Tatsächlich mißbrauchten die westlichen Imperialisten mit den USA an der Spitze ihre legitimen Rechte und führten die Spaltung Deutschlands herbei.
- F) So entstand wieder der deutsche Imperialismus. Die Themen der Päckchen 1 und 2 sind also Produkt der ungelösten Deutschlandfrage.
- G) Die Sowjetunion garantierte die Souveränität der DDR und verblieb im Rahmen des Warschauer Paktes zum Schutz des sozialistischen Lagers rechtmäßig in der DDR. Verschiedene Vorschläge, wie der Abschluß eines Friedensvertrages wurden von den Westmächten abgelehnt.
- H) Durch die Entartung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes verwandelte sich die sowjetische Armee in der DDR in eine Besatzungsarmee, die ebenso wie die USA kein Recht mehr auf die Kontrolle Deutschlands und einzelne Paragraphen des Potsdamer Abkommens hat.
- I) Die Betrachtung der Deutschlandfrage als nationale Frage trifft nur zum Teil den Kern. Die Grundlagen des Marxismus-Leninismus zur nationalen Frage am Beispiel Deutschlands.
 - 1) Die nationale Frage als Entstehung bürgerlicher Nationen gegen den Feudalismus in Europa in der Epoche des vormonopolistischen Kapitalismus. In diesem Sinne existiert in Deutschland, wie Lenin lehrt, keine nationale Frage mehr. Dieses Lenin Zitat wird aber auch oft in der gegenteiligen Richtung mißbraucht.
 - 2) Die nationale Frage in der Epoche des Imperialismus ist vor allem die Frage des Kampfes der unterdrückten halbkolonialen und kolonialen halbfeudalen Nationen gegen die imperialistischen Mächte.
 - 3) Ein Spezialproblem nach dem Ersten Weltkrieg in Europa war das erneute Auftauchen der nationalen Frage in bezug auf Deutschland und den Versailler-Vertrag. Dabei ist zentral, daß sich das deutsche Volk dieser Frage bemächtigen mußte; da diese Chance verspielt wurde, wurde die Frage der Abschüttelung des Versailler Vertrages zu einer Frage des deutschen Revanchismus und der innerimperialistischen Rivalität.
 - 4) Die Spaltung der imperialistischen deutschen Nation erfordert ein konkretes Herangehen an die Forderung nach Wiedervereinigung. z.B. war die KPD gegen den Anschluß der Saargebiete an Hitlerdeutschland.

- 5) Unter diesen Gesichtspunkten müssen wir nun die Deutschlandfrage in ihrem heutigen Umfang betrachten. Und ebenso die nationale Frage sowie die Überschneidung zwischen beiden Fragen.

Die nationale Frage in Westdeutschland bedeutet vor allem die Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker durch den westdeutschen Revanchismus nach außen und ausländischer Arbeiter und nationaler Minderheiten im Innern.

Die nationale Frage bedeutet aber auch die illegitime Besetzung Deutschlands durch die beiden Supermächte und die Spaltung Deutschlands. Beides Probleme, die auch unter die Deutschlandfrage fallen.

- 6) Wesentlich ist der demagogische Mißbrauch der Deutschlandfrage durch den westdeutschen Imperialismus und die Supermächte.

II) Aufgaben

- A) Unermüdliche Aufklärung über die geschichtlichen Ursachen der Deutschlandfrage ist immer nötig.
- B) In der heutigen Situation beim Kampf gegen die Supermächte vor allem die ehemals sozialistische Sowjetunion propagieren, aber auch den gerechten Charakter des Potsdamer Abkommens seitens der USA etc.
- C) Stets die Supermächte und den westdeutschen Revanchismus angreifen.
- D) Gegen die Vermischung von nationaler Frage, nationaler Unabhängigkeit und Spaltung der deutschen Nation. Vorrangigkeit nach dieser Reihenfolge und aufeinander aufbauend. Nur wer gegen den westdeutschen Revanchismus kämpft kann auch für die Deutschlandfrage richtig eintreten.
- E) Das Potsdamer Abkommen und die Forderung nach einem Friedensvertrag unter dem Vorbehalt der sozialimperialistischen Entartung der Sowjetunion als starke Waffe propagieren. Anerkennung der Ostgrenzen, staatliche Souveränität der DDR gegen den westdeutschen Revanchismus - heute vor allem gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und den westdeutschen Revanchismus -, verknüpft mit dem Kampf für die Souveränität Westdeutschlands und der Kampf gegen die NATO und den Warschauer Pakt, Austritt aus den Militärpakten. (Querverbindung zu Päckchen 1)
- F) Ist es überhaupt die Aufgabe von Kommunisten für die Einheit der Nation einzutreten, bzw. gibt es in Deutschland eine oder zwei Nationen? Gegen die modernen Revisionisten die Existenz einer Nation herausstellen.

- G) Wenn wir als Kommunisten die Forderung nach Wiedervereinigung erheben, so muß als erstes die Perspektive einer imperialistischen Wiedervereinigung aufgezeigt werden: Sowohl die westdeutschen Revanchisten als auch die USA und die Sowjetunion werden die Deutschlandfrage propagandistisch als Aggressionsvorwand ausschlagen. Darauf müssen wir vorbereitet sein.
- H) Die Wiedervereinigung ist nicht das unmittelbare Etappenziel; diese Aufgabe ist daher nicht vorrangig, sondern untergeordnet. Es sind zwei Revolutionen in beiden deutschen Staaten nötig, da verschiedene Staatsapparate vorhanden sind.
- I) Ausführlich dargelegt werden soll, warum es keine "gesamtdeutsche" Partei geben kann.
- J) Die Frage der Propaganda für die Wiedervereinigung nach dem Sieg der Revolution in einem der beiden Staaten stellt sich anders als heute; gleichzeitig auch anders als bei geteilten Nationen in halbkolonialen und halbfeudalen Ländern, die sich in der Etappe der neudemokratischen Revolution befinden und das Land Stück für Stück von den Dörfern her bis zu den Städten mit einer einheitlichen Partei befreit wird. (Z.B. Korea; die Perspektive einer längeren Spaltung macht jedoch zwei Parteien erforderlich.)
- K) Westberlinfrage: Kann unter Verweis auf die Veröffentlichungen des WESTBERLINER KOMMUNIST knapp behandelt werden.
- L) Gegen nationalen Nihilismus und gegen Chauvinismus: Der Kampf an der ideologischen Front hat in Deutschland überragende Bedeutung.

Päckchen 4: Über den Zusammenhang und die Unterschiede zwischen dem Kampf für die Diktatur des Proletariats und der Kämpfe gegen Faschisierung und Faschismus, gegen Militarisierung und Militarismus, gegen imperialistische Aktivitäten und Revanchismus, gegen die Einschränkung der Souveränität Westdeutschlands durch die US-Imperialisten, gegen die Bedrohung durch den sowjetischen Sozialimperialismus. Für die Wiedervereinigung Deutschlands als an und für sich demokratische Forderung, die heute aber nur durch die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten realisiert werden kann.

I) Grundlegende Ausführung

Es ist nicht unsere Aufgabe und kann es nicht sein, das Verhältnis dieser Aufgaben, also unsere politische Linie gegen

den westdeutschen Imperialismus bzw. für Westdeutschland für alle möglichen Fälle jetzt festzulegen. Wir gehen jetzt nicht von dieser oder jener imperialistischen Wiedervereinigung aus, uns interessiert zunächst nicht, wie die Linie nach der sozialistischen Revolution in diesem oder jenem Teil Deutschlands aussieht, nicht wie nach einem dritten Weltkrieg die Frage stünde, wenn dieser oder jener imperialistische Staatsapparat durch imperialistische Besatzer, vielleicht in Koalition mit China etc. besetzt würde ... all diese Überlegungen sind ein Faß ohne Boden.

Der Kern unserer Linie ist: Die Linie muß gemäß den realen Verhältnissen festgelegt werden.

Dabei muß darauf geachtet werden, nicht eventuelle Möglichkeiten durch falsche "Prinzipialität" auszuschließen, da es bei all diesen Fragen wenig prinzipielle Aussagen gibt, die allerdings um so wichtiger sind.

II) Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland.

Eine große lehrreiche Quelle ist die Geschichte, wobei ein grundlegendes Problem ist, a) daß die Opportunisten sich auf einige ungeklärte Fragen, die mit dem Aufkommen des Revisionismus in der KPD zusammenhängen, stürzen und in dieser und jener Weise für ihre Zwecke mißbrauchen und b) daß sie völlig unterschiedliche Bedingungen ignorieren bzw. die heutigen Bedingungen verfälschen.

Das Grundproblem: Was bedeutet die Notwendigkeit auf der historischen Stufenleiter kein Zwischending zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen der Diktatur des Proletariats und der Diktatur der Bourgeoisie zu bilden? ist in der deutschen Geschichte mehrfach aufgetaucht und muß studiert werden:

- Die Novemberrevolution als dem Inhalt nach bürgerlich, der Form nach aber an der proletarischen Revolution orientiert.
- Der Hamburger Aufstand: Die Diktatur des Proletariats als unmittelbares Ziel.
- Die Antifaschistische Aktion vor 1933 gegen die faschistische Machtergreifung.
- Die Einheitsfront zum Sturz des Hitlerregimes 1939, die nicht unmittelbar die Diktatur des Proletariats anstrebte.
- Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der SBZ nach dem Zweiten Weltkrieg.

Es ist nicht so, daß wir die hierrin steckenden Probleme, die Schritt für Schritt gelöst werden müssen, nicht kennen oder ignorieren können. Nur müssen wir sie mit dem Ziel vor Augen studieren, inwieweit sie uns für unsere heutigen Probleme nützen können, und daraus folgt, daß wir vorrangig nach der heutigen realen Lage die Linie festlegen. Das heißt unter den Bedingungen, daß heute vor allem die beiden Supermächte Kriegsherde bilden, miteinander rivalisieren und gegen die Revolution kollaborieren, daß heute vor allem durch die Kämpfe der Völker der Dritten Welt die Haupttendenz die Revolution ist, und daß heute in Westdeutschland, das die drittstärkste imperialistische Großmacht und ein eigener Kriegsherd ist, unter der Maske von Parlamentarismus und bürgerlicher Demokratie die Militarisierung und Faschisierung vorangetrieben wird.

III) Von welchen Grundprinzipien gehen wir aus:

Eindeutig ist, daß die Hegemonie des Proletariats über die werktätigen Massen durch die Kommunistische Partei erkämpft und verwirklicht werden muß, wenn die Diktatur der Bourgeoisie durch den bewaffneten Kampf zerschlagen, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zerstört und der Aufbau des Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats verwirklicht werden soll.

Fest steht, daß keine nationaldemokratische bzw. neudemokratische Revolution wie in halbkolonialen, halbfeudalen Ländern mit der nationalen Bourgeoisie als Bündnispartner möglich ist.

Bewiesen ist auch, daß es niemals eine "reine" proletarische Revolution gibt, sondern daß stets demokratische und sozialistische Bewegungen zu einem reißenden Strom zusammenfließen, der die Kraft hat, den alten Staatsapparat zu stürzen.

Die Aufgabe ist nach wie vor, in marxistisch-leninistischer Weise die sozialistische Revolution in Westdeutschland vorzubereiten, dafür alle Kräfte, die verwertbar sind zu verwerten, um siegreich die sozialistische Revolution durchzuführen.

Vorbereitung der proletarischen Revolution, das heißt Vorbereitung der Mehrheit des Proletariats, der Mehrheit der werktätigen Landbevölkerung auf die Revolution, ist also eine Frage der Massenlinie.

Das heißt, sich in der politischen Praxis niemals von den realen Erfahrungen bzw. von der Realität abschneiden, sondern stets daran anknüpfend das Bewußtsein heben.

Die Entlarvung der verschleierte Tatsachen ist zentraler Punkt wirklicher Agitation, die Aufdeckung der Wurzeln und

des Auswegs wirkliche Propaganda.

Daraus folgt, daß in der Propagierung der politischen Linie stets sowohl bekanntes als noch nicht bekanntes verwendet werden muß.

IV) Zur heutigen Linie

Wesentlich und von klarer Vorrangigkeit gegenüber den unbedingt zu führenden ökonomischen Kämpfen ist die Führung politischer Kämpfe durch die werktätigen Massen.

Weiterhin wesentlich ist, daß es wichtiger, aber auch eben schwerer ist, daß sie für demokratische Rechte anderer Völker eintreten, die vom westdeutschen Imperialismus bedroht sind, als z.B. gegen die sie unmittelbar bedrohende Faschisierung. Beim Kampf gegen die Militarisierung müssen stets beide Aspekte - die nach innen und außen gerichtete Seite - propagiert werden.

Der Kampf gegen die Faschisierung und Militarisierung ist wiederum vorrangig gegenüber dem Kampf für die Souveränität Westdeutschlands.

Der Kampf für diese demokratischen Forderungen trifft die westdeutschen Imperialisten, kann sie aber noch nicht vernichten, daher muß bei allem und vorrangig konkret die Wurzel in der Existenz der imperialistischen Bourgeoisie aufgezeigt werden, um so die für demokratische Forderungen kämpfenden Werktätigen zum revolutionären sozialistischen Ausweg zu erziehen.

Zum Problem der Wiedervereinigung: Es ist zu plump zu behaupten, dadurch, daß diejenigen, die für diese Forderung sind, begreifen, daß dies nur nach der sozialistischen Revolution in beiden deutschen Staaten möglich ist, besitzen wir durch die Propaganda für die Wiedervereinigung eine sozialistische Reserve.

Entscheidend zu verstehen ist, daß man nur gegen eine imperialistische Wiedervereinigung sein kann, wenn man den räuberischen Charakter des westdeutschen Imperialismus, seine Militarisierung und Faschisierung durchschaut. Die Wurzel dieser Erscheinungen begriffen zu haben ist die allerwichtigste Voraussetzung für ein richtiges Herangehen an die Frage der Wiedervereinigung. Diese Frage kann dabei eine Hilfe sein; insofern, aber nur insofern ist die Frage der Wiedervereinigung ein Hebel für die sozialistische Revolution.

Da sie aber keinesfalls identisch ist mit der sozialistischen Revolution in Westdeutschland, kann sie nicht mit demokratischen Forderungen verglichen werden, die aufgrund besonderer Bedingungen nicht im Kapitalismus, sondern nur durch die sozialistische Revolution verwirklicht werden können.

(Damit ist allerdings nicht die Einheitsschule unter Volkskontrolle gemeint, die es auch im Sozialismus nicht geben wird, sondern z.B. einige Forderungen des Potsdamer Abkommens, die zunächst als demokratische Forderungen wirklich realisierbar waren, heute aber nur durch den Sozialismus verwirklicht werden können.)

Der Hauptaspekt bei der Forderung nach Wiedervereinigung ist es, der imperialistischen Propaganda entgegenzutreten, nicht aber die reale Bedeutung für die Durchführung der sozialistischen Revolution in Westdeutschland.

Aber dort, wo die Imperialisten das Problem aufwerfen, muß unsere Perspektive klar sein. Aber wir als Marxisten-Leninisten verkaufen uns nicht als die besten "Wiedervereiniger"!

Wir müssen alles auf den Kampf zur Zerschlagung des westdeutschen Imperialismus konzentrieren!

GLIEDEPUNGSENTWURF FÜR EIN GEPLAN-
TES FLUGBLATT GEGEN DEN WESTDEUTSCHEN
IMPERIALISMUS ANLÄBLICH DER EREIGNIS-
SE IN MOGADISCHU UND STAMMHEIM
(geschrieben im Oktober 1977)

Der Titel muß sich aus folgenden Gedanken zusammensetzen:

KAMPF GEGEN DEN TERRORISMUS DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS NACH INNEN UND NACH AUßEN!

DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS, AGGRESSIVER DENN JE!

AGGRESSION NACH AUßEN, FASCHISIERUNG IM INNERN!

Einleitend: Anhand der GSG-9 Aktion in Mogadischu und der Tode von Stammheim: Die Politik der Härte hat in Westdeutschland ihren bisher größten Triumph erlebt.

- Die erste militärische Operation westdeutscher Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg in einem anderen Land: Gefei-ert als militärischer Blitzsieg!
- Die deutsche Polizei dirigiert die Fahndung in fast al-len europäischen Ländern. Die größten Massenfahndungen und die größte Propagandawelle seit dem Hitlerfaschismus gegen alles was links scheint oder ist!
- "Endlösung" eines bedeutenden Teils der Probleme des westdeutschen Imperialismus mit seinen Gefangenen durch den dreifachen Tod von Stammheim. Diesmal nicht durch "Erschießung auf der Flucht", sondern durch "besonders infamen Selbstmord".

Ungenieter als bisher wird die Fratze des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus sichtbar und läßt ahnen, was er nach innen und nach außen noch alles zur Durchsetzung seiner Ziele auf Lager hat.

POLITIK DER ETAPPENWEISEN GEWÖHNUNG AN VERSTÄRKTE FASCHISIERUNG IM INNERN UND MILITÄRISCHE OPERATIONEN IM AUSLAND:

1) Der Bundesgrenzschutz in Somalia: "Schutz der Bundesgrenzen" in Afrika?

Wenn heute eine Flugzeugentführung herhalten muß, um nicht nur ungestört, sondern zudem unter der mit einer weltweiten Massenpropaganda organisierten Beifallskundgebung aller Reaktionäre, die die Prinzipien der nationalen Souveränität in den Schmutz treten, die erste offene militärische "Blitz"-aktion des westdeutschen Imperialismus in einem fremden Land zu unternehmen, so ist dabei nicht die Gegenwart und das momentane Resultat entscheidend.

Entscheidend ist, daß damit ein Tor aufgestoßen wurde, das bis vor kurzen angesichts der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg für viele verschlossen schien: Offene Aggression gegen die Souveränität fremder Länder!

Ähnliche Aktionen in anderen Ländern brauchen nun nicht mehr den Beigeschmack des Imperialismus zu haben. Seit Mogadischu ist klar, daß der westdeutsche Imperialismus nur im Interesse der "Deutschen" schießt und tötet!

So kann es morgen bei einem erneuten Einsatz der GSG 9 - die sinnigerweise ein Teil des "Bundesgrenzschutzes" ist - darum gehen, nicht "normale Urlauber", sondern die faschistischen Farmer in Rhodesien, Südafrika, Brasilien oder Bolivien "herauszuhauen", ehe sie von der revolutionären Massenbewegung ihre gerechte Strafe für ihren Rassismus, ihre Unterdrückung und Ausbeutung erhalten.

Die militärische Operation in Somalia heute ist die Vorbereitung der militärischen Aggression und des deutschen Beitrags für den Export der Konterrevolution morgen - sei es in Somalia, Rhodesien, Südafrika oder anderswo!

2) Westdeutschland ist ein eigener Kriegsherd! Der westdeutsche Imperialismus bereitet sich aktiv und fieberhaft auf den Krieg vor!

Was seit Jahren schon durch Kriegsfilme, Landserheftchen, Hitlernostalgie, SS-Kameradentreffen, Propaganda für Heß und Kappler und andere hundertmal verfluchten Kriegsverbrecher vorbereitet wurde, schwappt nun in Extase über: Das Lied vom "alten Kameraden", Tränen beim Absingen der deutschen Nationalhymne und der knappe Kommentar: "Auftrag erledigt, drei Mann erschossen!" gaben einen Vorgeschmack darauf, zu welchen Bravourstücken die gleichgeschalteten Massenmedien in der Schürung des Militarismus noch fähig sind.

Es gibt - endlich - wieder H e l d e n, mit "kernigen, scharfgeschnittenen Gesichtern", echte "Kämpfer", die "Draufgänger" sind: Deutschland, Deutschland über alles besitzt wieder die "besten und härtesten Soldaten der Welt". (Das waren durchweg Presseausschnitte!)

Seit Jahrzehnten und noch intensiver in den letzten Jahren wird ununterbrochen von den westdeutschen Imperialisten und ihrem Gefolge von Opportunisten propagiert, daß Westdeutschland völlig unfähig zu eigenen militärischen Operationen sei!

Entweder wird Westdeutschland als "völlig abhängig" vom US-Imperialismus gekennzeichnet, oder, wie bei den Sozialchauvinisten der verschiedensten Färbungen, wird unter dem

Vorwand, größere Imperialisten, die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten, anzugreifen, die Rolle des westdeutschen Imperialismus in der Welt verharmlost und geleugnet, daß, wie es die Kommunisten seit langem festgestellt haben, der westdeutsche Imperialismus ein eigenständiger Kriegsherd ist.

Die "Blitzsieg"operation in Somalia öffnet vielleicht so manchem doch die Augen darüber, daß der westdeutsche Imperialismus genauso wie alle anderen Imperialisten zwar nicht aus dem Stand einen Weltkrieg vom Zaun brechen wird, aber durch lokale imperialistische Aggressionen, militärische Blitzsiege und lokale imperialistische Kriege systematisch auch größere militärische Aktionen und längere Aggressionskriege in Asien, Afrika, Lateinamerika und auch in Europa vorbereitet.

Heute schon rollen die Panzerspähwagen des Bundesgrenzschutzes ungeniert über die österreichische Grenze und die Fluggäste aller Nationen haben die Ehre "gründlich" von deutschen "Terrorspezialisten" durchsucht zu werden. Die GSG 9 und andere Truppenteile propagieren offen, daß sie innerhalb weniger Stunden in jedem Land der Welt "zuschlagen" können!

Die Stimmung, die vom westdeutschen Imperialismus systematisch erzeugt wurde und gegen die die Marxisten-Leninisten und alle Revolutionäre ankämpfen müssen, spricht gegen die marxistisch-leninistische These, daß infolge der Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus der geschlagene deutsche Imperialismus, wie Stalin schon vor über 30 Jahren voraussagte, notwendig wieder auf Krieg und Neuaufteilung der Welt aus ist. Die Tatsachen aber beweisen das Gegenteil!

(Hier sollen Fakten zur ökonomischen und militärischen Stärke etc. eingefügt werden.)

Es ist unbedingt nötig, nicht nur Illusionen über den westdeutschen Imperialismus aufzugeben, sondern aktiv den Kampf gegen die allseitige Kriegsvorbereitung der westdeutschen Bourgeoisie aufzunehmen.

3) Je offener und eindeutiger der Mord, desto "raffinierter" der "Selbstmord", das ist die Logik des westdeutschen Imperialismus!

(In ein Kästchen die größten Absurditäten um die Ereignisse in Stammheim, Stellungnahmen des Vaters von Gudrun Ensslin etc.)

Nach dieser Logik - unabhängig davon, was die Untersuchung der Tode von Stammheim an Tatsachen noch hervorbringen wird - ist in Zukunft klar:

Ein toter Gefangener des westdeutschen Imperialismus kann aussehen wie er will, er kann Würgemale haben, den Kopf zerschlagen, die Schädeldecke zertrümmert - stets handelt es sich um eine selbstbeigebrachte Wunde um unsere hochverehrte Bundesregierung zu diffamieren! Ja selbst ein angeblich selbstausgeführter Genickschuß mit einer 18 cm langen Pistole ist eine besondere Raffinesse - und wenn der Schuß aus drei Metern Entfernung abgegeben worden wäre, dann wäre natürlich noch größere Raffinesse und Infamie am Werk gewesen.

Es steht jedoch unbedingt fest, daß schon Wochen vorher propagandistisch die serienweise Erschießung von Gefangenen des westdeutschen Imperialismus, von Mitgliedern der RAF, der Bewegung 2.Juni etc. vorbereitet und ebenso wie die Folter ganz normal "in der Öffentlichkeit" diskutiert und in Höfers "Frühschoppen" die Vor- und Nachteile gegeneinander abgewägt worden sind.

Diese Vorschläge wurden, obwohl bereits p r a k t i - z i e r t, - natürlich - nur ausgebreitet, um sie von unseren "kritischen" Presseorganen zurückweisen zu lassen. So schlagen die westdeutschen Imperialisten - ähnlich wie bei der wieder ins Spiel gebrachten Diskussion um die Todesstrafe - mit ihrer Doppeltaktik gleich zwei Fliegen mit einer Klappe:

Einerseits bereiten sie den Boden vor für die künftige systematische Durchführung solcher Maßnahmen.

Andererseits kann sich die Bundesregierung als "standfeste Verteidigerin der Demokratie" herausputzen, indem sie sich "dem Druck der Straße nicht beugt", denn die "Bürger" und der "Mann von der Straße" sind ja angeblich lieber heute als morgen für "hartes Durchgreifen" und "kurzen Prozeß".

Halten wir fest! Wenn irgendwann die Gelegenheit günstig war, "gefährliche" und "unbequeme" politische Gefangene zu ermorden, sei es auf eigene Faust durch faschistische Gefängniswärter im Taumel der Siegesnachricht aus Mogadischu, sei es durch ein Kommando auf "höhere Weisung", dann war sie es Morgen nach der Aktion der GSG 9.

Und nur in diesem sich überschlagenden Siegesrausch war es möglich, auch daraus noch Kapital zu schlagen, indem von einem "Skandal", zu lascher Bewachung und der Notwendigkeit noch weiterer Faschisierung geschrien wurde.

Es ist wahr, noch liegen keine eindeutigen Beweise vor, die unmißverständlich den Mord aufklären. Gerade deswegen ist es nötiger denn je, alle vorhandenen Gesichtspunkte und Hinweise, die der westdeutsche Imperialismus unter den Tisch kehren will, zu sammeln und zu propagieren! Denn wenn bereits Mißtrauen gegen die "Selbstmord"version der

Bundesregierung verboten ist, dann wird es in Zukunft nur so "Selbstmorde" hageln!

4) Faschisierung in Westdeutschland: Herrscht in Westdeutschland schon der offene Faschismus oder existiert noch die "bürgerliche Demokratie"?

In den letzten Jahren hat die Einschränkung dessen, was man "demokratische Freiheiten" nennt, in einem Tempo zugenommen, daß das Tempo bezeichnender scheint, als das, was durchgesetzt wurde:

Völlig normal wurden Hausdurchsuchungen, Abhören von Räumen und Telefonen und Zensurmaßnahmen.

Die Kette der Eskalation der Faschisierung reicht vom berühmtesten Paragraphen 88 a), dem "Gewaltparagraphen", bis zur "Kontaktsperre", die selbst im Hitlerfaschismus nicht als Gesetz, wenn natürlich in der Realität existierte.

(An dieser Stelle ist die knappe und überblicksartige Aufzählung der in den letzten Jahren vollzogenen Faschisierung vorgesehen.)

Hinzu kam an Praxis in den letzten Wochen:

1000 Verhaftete, 1000 Durchsuchungen von Wohnungen und Buchläden, 500.000 Überprüfungen von Kraftfahrzeugen und Insassen, Anhalten und Durchsuchen von Eisenbahnzügen auf offener Strecke etc.

Offene Propaganda für die Erschießung von Gefangenen des westdeutschen Imperialismus und ihre Folterung, die ständige Fesselung von Gefangenen und ihre laufende fotomechanische Überwachung, restlose Überwachung der Tätigkeit der Verteidiger, die Massenentlassung von "Linken", die Einführung von Vorbeugehaft und die Ausdehnung der Sicherheitsverwahrung. Die Liste von solchen Maßnahmen, nach denen in den letzten Wochen die reaktionären Einpeitscher in Staat und Presse die Hälsen wund schrieen, ließe sich noch beliebig fortsetzen.

Angesichts solcher Zustände von "bürgerlicher Demokratie" zu reden wäre unserer Meinung nach völlig absurd und ist schon absurd seit dem Verbot der KPD 1956!

Aber es ist keinesfalls richtig und auch keinesfalls besonders "radikal" in Westdeutschland schon von einem "faschistischen Regime" zu sprechen, weil es damit unmöglich ist, die ungeheuren Steigerungsmöglichkeiten des westdeutschen Imperialismus bei der weiteren Faschisierung klarzumachen!

Das Problem für den westdeutschen Imperialismus besteht nicht darin, die für die Verwandlung Westdeutschlands in einen faschistischen Staat nötigen Umbesetzungen und Ände-

rungen vornehmen zu können. Und erst recht naiv wäre es, eine Wiederholung von 1933 zu erwarten.

Das Kernproblem ist, daß der westdeutsche Imperialismus vorläufig nur so weit geht, wie er es nötig hat und es ihm nötig erscheint, ohne international und im eigenen Land allzu große "Schwierigkeiten" zu bekommen.

Daher ist es nötig, sich auf die nächsten Jahre und Jahrzehnte genügend vorzubereiten und die Reserven, über die der westdeutsche Imperialismus verfügt, richtig einzuschätzen. Deswegen und nur deswegen muß eine Propaganda, daß der westdeutsche Imperialismus bereits totaler Faschismus sei, bekämpft werden.

Wesentlich gefährlicher sind jedoch die Illusionsmacher, die nach einem völlig unbrauchbaren Schema die Alternative stellen "bürgerliche Demokratie oder Faschismus, ein Mittel- ding gibt es nicht". Sie behaupten daher, in Westdeutschland herrsche "bürgerliche Demokratie" und die Arbeit der Revolutionäre müsse hauptsächlich im Kampf zum Erhalt dieser "Demokratie" oder für "Demokratie" bestehen. Auf dem Boden einer solchen Einschätzung gedeiht auch der elende sozialdemokratische Legalismus, der manche sich Revolutionäre und Marxisten-Leninisten nennende Leute sich zu der Behauptung versteigen ließ, man müsse der Bourgeoisie möglichst viele Menschen zum Fotografieren vorführen und in ihre Computer einspeichern lassen, dann könne nichts passieren außer daß sie feststellt, daß sie das Volk gegen sich hat.

- 4) Den Kampf gegen das drohende Verbot revolutionärer, antifaschistischer, antiimperialistischer und kommunistischer Organisationen verstärkt führen und den Opportunismus in Westdeutschland schlagen!

Die Drohung des Verbots der sogenannten "K-Gruppen" muß ernst genommen werden!

Der Druck des westdeutschen Imperialismus führt zur Verstärkung des Opportunismus:

- der westdeutsche Imperialismus wird verharmlost;
- anstatt unbeirrt die sozialistische Revolution zu propagieren, wird sich auf die Defensive beschränkt;
- anstatt einer antifaschistischen Aktionseinheit, eine opportunistische "marxistisch-leninistische" Etikette;

Als Schlußfolgerung die Notwendigkeit einer prinzipienfesten kommunistischen Partei propagieren!

ENTWURF FÜR EINE ZEITUNG GEGEN DEN
WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS, DIE DIE
LEHREN AUS DEN EREIGNISSEN IN STAMM-
HEIM UND MOGADISCHU ZIEHEN SOLLTE.

(geschrieben Anfang 1978 nach mehr-
maliger Überarbeitung des ursprüng-
lichen oben abgedruckten Flugblatt-
entwurfs)

NACH STALINGRAD ENDLICH WIEDER EIN SIEG: MOGADISCHU!

Der westdeutsche Imperialismus, der sich früher preisen ließ als "Friedensstifter in Europa", der angeblich mit dem Abschluß der berüchtigten Verträge von Bonn und Moskau bzw. Bonn und Warschau den "kalten Krieg" in Europa beendet hat, läßt sich jetzt schmücken mit den Siegeslorbeeren für den "Kampf gegen den internationalen Terrorismus".

Die weltweiten, organisierten Beifallskundgebungen zum Piratenakt von Mogadischu seitens aller Imperialisten und Reaktionäre, sei es Breschnew oder Carter, Giscard oder die brasilianischen Faschisten, waren ein Jubel für die imperialistische Politik der **g e w a l t s a m e n A g - g r e s s i o n**, die bereit ist, sich im Interesse des Imperialismus, welcher Couleur auch immer, über alle "Völkerrechtsbestimmungen", "Menschenrechte" und Konventionen aller Art hinwegzusetzen.

Die modernen Revisionisten, die offenen von der DKP ebenso wie die "antirevisionistischen" von der KPD/ML sind nicht nur **n i c h t** dieser chauvinistischen Beifallskundgebung **a l l e r** Imperialisten entgegengetreten, sondern ereiferten sich überdies, den westdeutschen Imperialisten nützliche Ratschläge zu erteilen, in Zukunft **w e n i g e r R i - s i k o** einzugehen, nicht so **d r e i s t** aufzutreten etc.

Die DKP jammert über das "hohe Risiko solcher Operationen" und bemängelt, "... es hätte auch anders ausgehen können", sie möchte also eine Siegesgarantie für die Piratenakte der westdeutschen Revanchisten.

Die KPD/ML stört sich lediglich an der "Kaltschnäuzigkeit".

Der westdeutsche Imperialismus brüstet sich vor aller Welt: Wir können solche "Handstreich" sogar mit der Einwilligung der somalischen Kompradorenregierung durchführen! Sie prahlen völlig offen: Unsere "Entwicklungshilfe" hat sich bezahlt gemacht! (Im Falle Somalias besteht sie bezeichnenderweise in der Ausrüstung und Ausbildung der Polizei.)

Die Zustimmung der somalischen Kompradoren zu dieser militärischen Operation darf auf keinen Fall über die Verletzung der Souveränität eines halbkolonialen Landes durch die Großmacht westdeutscher Imperialismus hinwegtäuschen. Sie ist ein Ausdruck des Einflusses, den sich die scheinbar so schwache, so friedlich gewordene deutsche Bourgeoisie heute bereits wieder in aller Welt gesichert hat.

Gleichzeitig packen die westdeutschen Imperialisten sogleich die Gelegenheit beim Schopfe, um die Aktion von Mogadischu zu verstärkter ökonomischer, politischer und militärischer

Infiltration nach Somalia zu verwenden: Waffenlieferungen mit Condor-Flugzeugen der Lufthansa, Ankündigung eines Staudammprojektes in Somalia etc.

Die Fluzeugentführung war ein willkommener Vorwand für den westdeutschen Militarismus, seine aggressiven und expansionistischen Pläne einen Schritt weiter voranzutreiben, indem er in Mogadischu seine erste m i l i t ä r i s c h e B l i t z k r i e g s a k t i o n nach dem Zweiten Weltkrieg durchführte.

Solche Aktionen sind keinesfalls Zufallsprodukte, sie sind vielmehr vom westdeutschen Imperialismus von langer Hand vorbereitet. Gleichzeitig läßt er sich damit wieder einmal feiern und die deutsche Gründlichkeit loben.

Der entscheidende Erfolg der westdeutschen Revanchisten bei diesem "Blitzsieg" ist aber, daß eine neues Tor aufgestoßen, ein weiteres Tabu, das für sie bisher seit dem Zweiten Weltkrieg galt, durchbrochen wurde:

OFFENE MILITÄRISCHE AGGRESSIONEN GEGENÜBER ANDEREN LÄNDERN!

HEUTE MOGADISCHU - MORGEN DIE GANZE WELT!

Nach langjährigen Planspielen kam es beim Feuerüberfall in Mogadischu endlich zur Bewährungsprobe: Unter der Devise "Gefangene werden nicht gemacht" wurden drei der vier Flugzeugentführer getötet. Waren es hier noch Urlauber, die von Scharfschützen unter dieser Devise "gerettet" wurden, so kann es morgen darum gehen, "deutschstämmige" Großgrundbesitzer in Rhodesien oder Südafrika, in Chile oder Brasilien zu "befreien", um sie vor der gerechten Strafe der revolutionären Völker zu beschützen.

Heute schon rollen westdeutsche Panzerspähwagen im Zuge von Fahndungsaktionen ungeniert über die österreichische Grenze. In verschiedenen Flughäfen auf der ganzen Welt haben die Passagiere die Ehre, von den "Terrorspezialisten" des BGS mit "deutscher Gründlichkeit" abgetastet zu werden und ihre Taschen durchwühlen zu lassen. Sie fühlen sich dabei offensichtlich wie zu Hause, weshalb solche Spezialtruppen wie die GSG 9 sinnigerweise dem Bundesgrenz-s c h u t z eingegliedert sind.

Hunderte von westdeutschen Polizisten demonstrierten der elsäßischen Bevölkerung bei Hausdurchsuchungen, Verkehrskontrollen etc., daß sich der deutsche Imperialismus für das Elsaß besonders "verantwortlich" fühlt. Die GSG 9 und andere Truppenteile rühmen sich sogar ungeniert ihrer Fähigkeit, innerhalb weniger Stunden in jedem Land der Welt zuschlagen zu können.

Mogadischu hat gezeigt, daß der westdeutsche Imperialismus selbständig militärisch agieren kann, ohne "im Windschatten des US-Imperialismus" oder sonst einer imperialistischen Macht zu stehen, oder sich erst Genehmigungen holen zu müssen.

Genau das aber behauptet die KPD/ML in ihrem Rechenschaftsbericht an den 3. Parteitag mit anderen Worten: "... der westdeutsche Imperialismus ... allein auf seine Kräfte gestellt, kann ... seine revanchistischen Absichten nicht verwirklichen." (S.43)

Derartige Operationen wie in Somalia sind heute Vorbereitungen für zukünftige militärische Operationen und Aggressionen größeren Ausmaßes, den "deutschen Beitrag" zum Export der Konterrevolution, zur Sicherung der "Freiheit" und "Unabhängigkeit" des westdeutschen Imperialismus andere Völker auszubeuten und zu unterdrücken.

Wenn sich heute die politischen Vertreter des deutschen Imperialismus welcher Couleur auch immer auf der internationalen Bühne laut vernehmbar machen und schreien: "Wir wollen euch anderen Großmächten vormachen, was wir schon (wieder) können, wie man richtig mit dem Terrorismus fertig wird.", so ist das das Geschrei eines wieder groß gewordenen Imperialisten, der laut seine weltweiten Herrschaftsansprüche anmeldet, so ist das

DIE DEUTSCHE HERAUSFORDERUNG AN DEN REST DER WELT

sei es an größere oder kleinere imperialistische Rivalen einerseits,

sei es an die Proletarier aller Länder und die unterdrückten Völker,

sei es an die Arbeiter und Werktätigen Westdeutschlands.

DIE FÄDEN DER UNHEILVOLLEN DEUTSCHEN GESCHICHTE SIND NICHT ABGESCHNITTEN

Die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus zur drittgrößten imperialistischen Macht ist das Ergebnis eines planmäßigen und zielstrebigem Vorgehens der deutschen Bourgeoisie. Diese Pläne sind langfristig angelegt und werden auch entsprechend sorgfältig durchgeführt, Schritt für Schritt.

Um das im vollen Ausmaß zu erkennen, ist es notwendig, nicht nur die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus in den letzten Jahren zu betrachten; man kann sie nur wirklich erkennen im Lichte der unheilvollen Geschichte des deutschen Imperialismus.

Der deutsche Imperialismus hat zwei Weltkriege angezettelt und verloren. Er hat dabei große Gebiete verloren, und zwar nicht nur Kolonien, sondern auch große Gebiete des imperialistischen "Mutterlandes" selbst.

Mit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus ist die deutsche Bourgeoisie nicht vernichtet worden, also auch nicht die von ihr damals verfolgten Ziele, die durch die Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die dadurch für sie entstandenen Verluste noch mehr erweitert wurden.

Schon vor 34 Jahren sagte J.W. Stalin, indem er das von Lenin aufgestellte Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Länder glänzend anwendete:

"Es wäre jedoch naiv zu glauben, daß Deutschland nicht versuchen werde, seine Macht wiederzuerlangen und zu einer neuen Aggression zu schreiten. Es ist altbekannt, daß die deutschen Machthaber jetzt schon zu einem neuen Krieg rüsten. Die Geschichte zeigt, daß eine kurze Zeitspanne von zwanzig bis dreißig Jahren genügt, damit Deutschland sich von der Niederlage erholt und seine Macht wieder herstellt."

("Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion", S.191, am 6.11.1944)

Das ist so, weil die Bourgeoisie in Westdeutschland niemals gestürzt worden ist, weil zur Zeit des Hitlerfaschismus g e n a u w i e h e u t e die Abs und Thyssen, die Krupp und Siemens die Macht in der Hand haben und die Politik bestimmen, egal ob sie sich verbergen hinter der parlamentarischen Demokratie oder unverhüllt im Faschismus ihre imperialistische Herrschaft ausüben.

"Kommando-Unternehmen sind Kriege in Miniaturform."

Noch vor den Aktionen in Mogadischu, anlässlich des zionistischen Überfalls in Entebbe, offenbarte ein Mitglied des Leitungsstabes der Bundeswehr, Oberst W. Vogel, mit welcher faschistischen Traditionen die Bundeswehr verbunden ist und aus welchen Erfahrungen sie schöpft:

"Nicht ganz vergleichbar mit dem Unternehmen von Entebbe ist der Angriff von 500 deutschen Fallschirmjägern auf das belgische Fort Eben Emael. Damals war es nur darum gegangen, das Fort zu nehmen und zu halten, bis die eigenen Truppen folgten. Eher ist der kaltblütig ausgeführte Angriff von Entebbe mit der Befreiung des Duce (!!!!!) am 12.9.1943 durch deutsche Fallschirmjäger unter der Leitung von General Student vergleichbar."
(Nach "Stern" Nr. 29, 1976)

Die deutsche Bourgeoisie ist keinesfalls "vernünftig" und "bescheiden" geworden, sie hat sich niemals mit den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges abgefunden, sie niemals anerkannt, vielmehr bereitet sie sich mit Verbissenheit darauf vor, "ihren" Anteil wieder zu erobern!

Darüberhinaus will die Bourgeoisie noch mehr; sie hält an ihren alten Träumen von der Weltherrschaft fest und wird die Ziele, die sie mit dem Ersten und Zweiten Weltkrieg verwirklichen wollte, erneut in die Tat versuchen umzusetzen.

So stellte Genosse Enver Hoxha heraus:

"So ist z.B. Westdeutschland bemüht, Atomwaffen zu erhalten, sich die Deutsche Demokratische Republik einzuverleiben, die alten Grenzen des hitlerischen Dritten Reiches wiederherzustellen und sich auf einen neuen Revanchekrieg vorzubereiten, womit es den Frieden und die Sicherheit der Völker in Europa und auf der ganzen Welt sehr ernsthaft bedroht."

(Rechenschaftsbericht an den V. Parteitag der PAA, S.16, 1966)

Aus all diesen Gründen ist es sehr wichtig, den r e v a n - c h i s t i s c h e n Charakter der deutschen Bourgeoisie nach wie vor und heute mehr denn je zu betonen, denn die Politik der Revanche ist seit dem Zweiten Weltkrieg die offizielle Politik. Die revanchistischen Ziele, wie sie Enver Hoxha bereits 1966 beschrieben hat, bestimmen nach wie vor alle ökonomischen, politischen und militärischen Maßnahmen, die schrittweise Realisierung ihrer ambitionierten Pläne. Hinzu kommt die Erfahrung, die die Bourgeoisie besitzt um Aggressionen gegen andere Völker zu verüben. Das alles bedeutet eine reale Bedrohung für die Völker Europas und der Welt.

Haben die revanchistischen Zielsetzungen, die nationalistische und chauvinistische Propaganda eine materielle Grundlage oder sind dies nur Illusionen ewig gestriger Schreier?

Sind sie ein wahrhafter Ausdruck des Charakters des westdeutschen Imperialismus oder besitzt dieser gar nicht die Kraft, auf diese verbalen Kraftakte auch Taten folgen zu lassen?

Ist der westdeutsche Imperialismus wirklich eine Großmacht, ein eigenständiger imperialistischer Kriegsherd oder segelt er im Windschatten einer oder beider sogenannter Supermächte?

DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS HAT WELTWEITE AMBITIONEN

Sehen wir uns doch die ökonomische und militärische Stärke an, die sich der westdeutsche Imperialismus heute bereits wieder geschaffen hat, knappe 33 Jahre nach seiner völligen militärischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg.

Der westdeutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus ist heute die drittstärkste imperialistische Macht sowohl in ökonomischer als auch in militärischer Hinsicht, die weltweit und auf allen Gebieten expandiert und danach strebt, ihre Herrschaftsbereiche ständig zu erweitern.

- Heute haben die westdeutschen Imperialisten im Ausland bereits über 20 Milliarden Dollar investiert. (Nach Radio Tirana vom 25.11.1977)
 - In der EG entwickelt sich der westdeutsche Imperialismus zunehmend zur führenden Macht und versteht es, dieses Instrument immer stärker zu seinen Gunsten zu verwenden; sei es, daß er andere europäische Imperialisten wie die italienischen durch Kredite von sich abhängig macht, sei es, daß er seine politischen Interessen mit Hilfe der EG durchzusetzen versucht - wie mit dem Anti-Terror-Programm "Modell Deutschland".
 - Auf der Grundlage und seit dem Abschluß der sogenannten Ost-Verträge hat der westdeutsche Imperialismus seine Infiltration in die osteuropäischen Länder einschließlich der Sowjetunion ungeschmälert fortgesetzt. Im revisionistischen Polen z.B. machen die mit westdeutschem Kapital errichteten Betriebe 40% aller mit ausländischem Kapital errichteten Betriebe aus.
 - Der westdeutsche Imperialismus bemüht sich, vor allem die kleinen europäischen Länder in seine Halbkolonien zu verwandeln - wie z.B. Österreich und Polen -, die bereits der Hitlerfaschismus unterjochte.
 - Der westdeutsche Imperialismus hat seinen Neokolonialismus in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gewaltig vorangetrieben, ob nun unter der Maske der "Entwicklungshilfe" oder unter der Maske des "gleichberechtigten Dialogs". Bei seinen Expansionen in die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas benutzt der westdeutsche Imperialismus die vom Hitlerfaschismus herrührenden Verbindungsfäden, die niemals zerrissen wurden, zu den faschistischen Kompradorencliquen in Brasilien, Chile, Uruguay, Südafrika, Namibia usw.
- Auf dieser Basis wagt er sich in den letzten Jahren darüberhinaus an Länder heran, in denen er bisher keinen oder nur sehr geringen Einfluß hatte, wie z.B. die arabischen Staaten.

Wie alle anderen Imperialisten benutzt der westdeutsche Imperialismus die ökonomische Infiltration in andere Länder nicht nur dazu, dort "lediglich" hohe Extraprofite zu erzielen, sondern auch dazu, diese Länder p o l i t i s c h von sich abhängig zu machen.

Um die anderen Länder noch mehr an sich zu binden und um ihre Abhängigkeit zu steigern, bedienen sich die westdeutschen Imperialisten zunehmend solcher Mittel wie dem Aufbau und der Ausrüstung des Polizeiapparates, der Schulung von Armeee-offizieren, der Ausrüstung mit Spezialwaffen gegen Befreiungskämpfe, der Militärhilfe und des Waffenexports.

Als Beispiele seien hier genannt: Polizeihilfe an Somalia, Leopard-Panzer an die Niederlande, die sich dadurch jederzeit in die "großdeutsche" Bundeswehr eingliedern lassen.

Diese Expansion ist verbunden oder wird vorbereitet durch die ideologische Expansion, sei es durch großangelegte kirchliche "Hilfsaktionen" oder durch staatliche "Goethe-Institute".

Entscheidend zur Durchsetzung ihrer revanchistischen Pläne ist der sprichwörtliche preußisch-deutsche Militarismus. Die deutsche Bourgeoisie verfügt heute über die drittstärkste Militärmaschinerie der Welt, die sie sich trotz allerlei Hindernissen in der Folge der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges innerhalb kürzester Zeit geschaffen hat.

Während die Opportunisten aller Schattierungen die ökonomische Stärke und manchmal notgedrungen auch in der einen oder anderen Hinsicht die politische Rolle des westdeutschen Imperialismus anerkennen - wobei sie gleichzeitig die revanchistischen Züge ignorieren und ablehnen -, sind sie sich alle in einer Hinsicht einig:

Allesamt ⁵betreiten sie, daß der westdeutsche Imperialismus ein eigenständiger Kriegsherd ist, der als imperialistische Großmacht in der Lage ist, s e l b s t ä n d i g und aufgrund seiner e i g e n e n p o l i t i s c h e n Z i e - l e sich an Kriegen zu beteiligen oder sie s e l b s t anzuzetteln und zu führen.

Der westdeutsche Imperialismus besitzt eine gewaltige Armee von über 700.000 Mann, einen offiziellen Militärhaushalt von 31,8 Milliarden DM im Jahre 1976 - die verdeckten Militärausgaben nicht mitgerechnet.

Obwohl es nach wie vor eine Tatsache ist, daß der US-Imperialismus das Oberkommando über den aggressiven NATO-Block besitzt, ist es ebenso eine unbestreitbare Tatsache, daß der westdeutsche Militarismus seinen eigenen Einfluß entgegen den Interessen des US-Imperialismus innerhalb dieses Kriegspaktes ausbaut. Die westdeutsche Armee macht 60% der NATO-Armeen in Europa aus. Die aggressive Bundeswehr

ist die größte Armee der NATO in Europa. Die westdeutschen Generäle besitzen immer wichtigere Posten im NATO-Hauptquartier. Unter dem Vorwand der Einführung einheitlicher Waffensysteme in der NATO werden die Armeen der kleineren NATO-Länder mit deutscher Kriegsproduktion ausgerüstet, wodurch sie problemlos im Falle eines Falles in die Armee der westdeutschen Imperialisten eingegliedert werden können. Außerdem hat sich der westdeutsche Imperialismus bisher schon mit Hilfe der NATO eigene Stützpunkte etwa in Portugal und auf Kreta gesichert.

Mit Hilfe ihrer gewaltigen Kriegsindustrie haben sich die westdeutschen Militaristen eine eigene Waffenschmiede zugelegt - Krauss-Maffei, Messerschmidt-Bölkow-Blohm, Krupp, Focker, Siemens usw., sowie unzählige Zulieferbetriebe -, die sie heute u n a b h ä n g i g macht von den Waffenlieferungen der anderen Imperialisten. Hier seien nur die Leopard-Panzer, das Projekt des MRCA-Kampfflugzeuges, das auch als Atombomber verwendet werden kann (siehe "Anti-Weißbuch" S.87), die Entwicklungspläne eigener Raketensysteme mit Hilfe der Tarnfirma OTRAG in Zaire, sowie neu entwickelte Streubomben als Beispiele genannt.

1975 wurden bereits in der offiziellen Kriegsproduktion eine halbe Million Menschen beschäftigt. Darüberhinaus wird ein großer Produktionssektor gleichzeitig für zivile und militärische Zwecke benutzt.

Wenn Schmidt 1970 demagogisch betonte, man verfolge das Ziel "keine spezielle Rüstungsindustrie entstehen zu lassen" (Weißbuch, S.149, 1970), so heißt das nichts anderes, als daß die deutsche Bourgeoisie stets darauf bedacht ist, die gesamte zivile Produktion sehr schnell auf Kriegsproduktion umstellen zu können.

Der Besitz von Atomwaffen spielt seit jeher eine Schlüsselrolle sowohl als politisches Druckmittel als auch als militärische Waffe. Nur politische Opportunität hindert die westdeutschen Revanchisten daran, bereits heute den offiziellen Besitz von Atomwaffen bekannt zu geben.

Eine besondere Bedeutung spielt die ideologische Verseuchung mit dem militaristischen Geist durch alle imperialistischen Propagandamedien, durch die Verherrlichung der Hitler-Armeen im Zweiten Weltkrieg, durch Bundeswehr-Bands, Offiziere in den Schulen, Military-Look, durch die Pläne zur Kasernierung der Kriegsdienstverweigerer etc.

Das Atomprogramm der westdeutschen Bourgeoisie besitzt in militärischer und politischer Hinsicht große Bedeutung als wichtige Maßnahme der Kriegsvorbereitung.

-- Atomkraftwerke dienen zur Herstellung von Atombombenrohstoff.

- Durch Atomenergie werden Brennstoffe aus Öl - in Westdeutschland als Rohstoffe nur in geringen Mengen gewonnen - für die Armee in größerem Ausmaß verfügbar.
- Eine Wiederaufbereitungsanlage, die in Westdeutschland geplant ist, macht die westdeutschen Imperialisten vom Rohstoff Uran unabhängiger. Damit ist das letzte Glied einer selbständigen Atombombenproduktion geschaffen, da hier das zur Atombombenherstellung benötigte Plutonium produziert wird.

Gleichzeitig erlangen sie diese Selbständigkeit durch den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Brasilien.

Schließlich macht das Atomprogramm einen ganz "zivilen" Eindruck, so daß sich die westdeutschen Militaristen auch heute noch mit einem gewissen Erfolg als an Atomwaffen desinteressiert geben können.

(Leider ist es in der heutigen Anti-KKW-Bewegung so, daß sie diesen militärischen Aspekt gewaltig unterschätzt und ihr Hauptaugenmerk auf die Frage der Umweltverschmutzung und -zerstörung lenkt.)

Aus der hier angeführten ökonomischen, politischen und militärischen Stärke läßt sich eindeutig schlußfolgern, daß der westdeutsche Imperialismus ein e i g e n s t ä n d i g e r K r i e g s h e r d in Europa und in der Welt ist, der in der Lage ist, s e l b s t ä n d i g Kriege zu führen, in denen er seine eigenen Interessen durchsetzen will, und daß der westdeutsche Imperialismus heute eine imperialistische Großmacht geworden ist.

Diese Tatsachen durch den Hinweis auf zwei noch mächtigere imperialistische Länder leugnen zu wollen oder ganz einfach vor der Stärke des westdeutschen Imperialismus die Augen zu verschließen, läuft offenkundig auf eine vollständige Verharmlosung des besonders a g g r e s s i v e n C h a r a k t e r s des westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus hinaus, die die Marxisten-Leninisten entschieden bekämpfen müssen.

Obwohl die westdeutschen modernen Revisionisten von der DKP geschworene Parteigänger des sowjetischen Sozialimperialismus sind, hindert sie das nicht daran, auch den Charakter des westdeutschen Imperialismus zu beschönigen und ihn vor marxistisch-leninistischen Angriffen in Schutz zu nehmen. Aus ihrem bürgerlichen Klasseninstinkt heraus begrüßen sie ausdrücklich die militärische Aktion in Mogadischu, hetzen gegen jede revolutionäre Gewalt und beschwören gleichzeitig das "Rechtskartell", um so die Herrschaft, Expansion und Aggression der deutschen Imperialisten zu rechtfertigen. Mit ihrer Hetze gegen alles, was revolutionär ist oder auch nur revolutionär scheint, erweisen sie sich als Parteigänger des Imperialismus, besonders auch des westdeutschen Imperialismus.

Unter dem Strich das gleiche Ergebnis kommt bei den Anhängern der Drei-Welten-Theorie heraus:

Während die KPD(Rote Fahne) - nach wie vor eine Verteidigerin des Drei-Welten-Konzepts - einerseits den westdeutschen Imperialismus nicht mehr als Hauptfeind der proletarischen Revolution in Westdeutschland bezeichnet, gleichzeitig damit auch auf die Revolution verzichtet, steigert sie sich andererseits in ihrem Sozialchauvinismus zu einem direkten Propagandisten der Expansion des westdeutschen Imperialismus.

Indem sie den "Dialog zwischen der Zweiten und der Dritten Welt", also auch zwischen Somalia und Westdeutschland propagiert, unterstützt sie offen den Neokolonialismus des westdeutschen Imperialismus, die Abhängigkeit halbfeudaler und halbkolonialer Länder von den westdeutschen Revanchisten. Besonders infam und direkt im Interesse der Arbeiteraristokratie ist daran, daß ihre Propaganda von den Arbeitern verlangt, die Ausbeutung und Unterdrückung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas durch die westdeutschen Imperialisten direkt zu unterstützen.

Der KBW leugnet seit jeher die Besonderheit des westdeutschen Imperialismus, seinen revanchistischen Charakterzug, und versteigt sich sogar im Grunde dazu, sein selbständiges imperialistisches Wesen abzustreiten, wenn er die westdeutsche Bourgeoisie als "Waisenknabe" bezeichnet oder ihre "politische Zwergengestalt" betont. (KVZ 7/76 bzw. KuK 3/74, S.229) Insofern ist es konsequent, daß er Anhänger der Drei-Welten-Theorie ist, wenn auch verschämter und mit weniger lautstarken Bekenntnissen zu dieser neuen Liebe.

Die KPD/ML denkt gar nicht daran, diesen bodenlosen Opportunismus zu bekämpfen, sondern sie ist im Gegenteil, wenn es um den "eigenen" Imperialismus geht, immer sorgsam darauf bedacht, den "westdeutschen Revanchismus" als "nicht so gefährlich" hinzustellen. (Siehe Rechenschaftsbericht an den III. Parteitag der KPD/ML, S.73)

Für die Marxisten-Leninisten und alle aufrechten Revolutionäre ergibt sich aus dieser Schützenhilfe für den westdeutschen Imperialismus: Wer den westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus bekämpfen will, muß auch gegen jeden Opportunismus kämpfen, denn der Opportunismus nimmt den "eigenen" Imperialismus in Schutz und versucht jeden entschiedenen und schonungslosen Kampf gegen ihn zu verhindern.

EXPANSION UND AGGRESSION NACH AUßEN SIND MIT AUSBEUTUNG UND
UNTERDRÜCKUNG SOWIE IDEOLOGISCHER VERSEUCHUNG DES EIGENEN
VOLKES VERBUNDEN

Auch die Innenpolitik des eigenen Landes wird von der west-

deutschen Bourgeoisie planmäßig entwickelt und vorangetrieben, eben weil sie unerläßlicher Bestandteil seiner gesamten imperialistischen Pläne ist.

Für ihre großangelegten Pläne, die letzten Endes das Ziel der Weltherrschaft anstreben, brauchen die westdeutschen Revanchisten nicht nur militärische, ökonomische, politische und ideologische Stärke, sie brauchen auch die Hilfe des eigenen Volkes, so wie Hitler das eigene Volk brauchte, um seine Raubkriege zu führen.

Dazu werden gewaltige Anstrengungen unternommen, um Chauvinismus und Rassismus, Größenwahn und den Geist der faschistischen "Volksgemeinschaft" im Volk weitmöglichst durchzusetzen. Gerade nach den Ereignissen in Mogadischu und Stammheim mußte die deutsche Bourgeoisie an die "Volksgemeinschaft" appellieren.

Der für das westdeutsche Proletariat und die westdeutschen Werktätigen insgesamt wirklich äußerst bedeutsame Kampf der europäischen Völker gegen die zunehmende Faschisierung in Westdeutschland, der gegen den westdeutschen Imperialismus gerichtet ist, dieser in diesen Ausmaßen ~~n e u e~~ Kampf gegen diese gefährliche imperialistische Großmacht wird von der westdeutschen Bourgeoisie als "Anti-Deutschtum" denunziert, womit sie Chauvinismus und Rassismus unter den Werktätigen schüren will.

Mit Hilfe dieser reaktionären Ideologie gelingt es der westdeutschen Bourgeoisie dann um so leichter, einerseits Eroberungspläne und Unterdrückungsfeldzüge gegen andere Völker durchzuführen, andererseits aber im eigenen Land jeglichen Widerstand gegen die imperialistische Politik zu unterdrücken mit Hilfe von "Dolchstoßlegenden" und ähnlichem.

Die Ereignisse in Stammheim und Stadelheim, in deutschen Zuchthäusern und Haftanstalten zeigen:

DIE GEFANGENEN DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS SIND VOR FOLTER UND TOD NICHT SICHER

Die Verbrechen an anderen Völkern, das ist ein Charakterzug des westdeutschen Imperialismus. Vorantreiben der Faschisierung im Innern gehört dazu wie die zweite Seite einer Medaille.

Diese Faschisierung hat sich in den letzten Monaten kristallisiert in den Verbrechen gegenüber den revolutionären politischen Gefangenen, von denen nur ein Bruchteil bisher an die Öffentlichkeit gedrungen ist.

(In einem Kästchen die wichtigsten Absurditäten über die angeblichen "Selbstmorde" von Stammheim, praktizierte Kontaktsperre und totale Überwachung, Mißhandlungen und Erpressung von Geständnissen etc.)

Führt man sich einige Berichte aus deutschen Zuchthäusern vor Augen, so muß man feststellen und darf davor die Augen nicht verschließen, daß dort der westdeutsche Imperialismus jegliche Maske abgelegt hat, derer er sich aus demagogischen Gründen gegenüber der Öffentlichkeit noch bedient.

Was ist in Stammheim wirklich passiert?

Wer sich berechtigterweise mit dieser Frage beschäftigt, um die imperialistischen und faschistischen Machenschaften restlos zu enthüllen, darf dabei nicht aus dem Auge verlieren, mit welchen ideologischen Kampagnen diese Ereignisse verbunden waren; der darf dabei nicht aus dem Auge lassen, daß Stammheim ohne Mogadischu, ohne die wilde Kampagne gegen das "Anti-Deutschtum" nicht denkbar ist.

Unabhängig davon, welche Absurditäten noch bekannt werden über die Umstände, unter denen Jan Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Bader zu Tode kamen, hat die westdeutsche Bourgeoisie selbst die Bedingungen geschaffen wie die Isolationshaft, das Kontaktsperregesetz etc., die die Morde an den Gefangenen des westdeutschen Imperialismus ebenso wie Folterungen an ihnen nicht nur möglich, sondern sogar sehr einfach machen, ohne daß deshalb außerhalb der Zuchthausmauern die Wahrheit offenbar werden muß.

Es ist demgegenüber relativ unerheblich für das Schicksal der Gefangenen von wem, in wessen Auftrag sie ermordet worden sind. Bedeutsam ist, daß in Zukunft weitere derartige Morde denkbar sind, daß in Zukunft damit gerechnet werden muß, daß Geständnisse ohne lästige Zeugen wie selbst gewählte Rechtsanwälte mit Foltermethoden erpreßt werden können.

Wäre das verwunderlich, wo man von Albrecht die Folter als wirksames Mittel im "Kampf gegen den Terrorismus" preisen hörte, wo in Höfers "Frühschoppen" im Fernsehen laut vernehmlich darüber räsoniert wurde, daß in Südamerikas Diktaturen mit den dort praktizierten Methoden, zu denen nicht nur jede erdenkliche Folter, sondern auch Todeskommandos in- und außerhalb der Gefängnismauern gehören, "der Terrorismus besiegt worden" sei, wo Golo Mann in der Panorama-Sendung vom 17.10.1977 die serienweise Erschießung von politischen Gefangenen als Geißeln vorgeschlagen hat.

Alles das dient dazu, die Bevölkerung systematisch an die Praxis des Terrors in westdeutschen Zuchthäusern zu gewöhnen.

An den Ereignissen in Stammheim hat sich offenbart, in welche Richtung die Hauptinteressen der westdeutschen Imperialisten beim Vorantreiben der Faschisierung zur erneuten Schaffung einer faschistischen "Volksgemeinschaft" durch "Gleichschaltung und Chauvinismus gegenüber anderen Völkern gelenkt werden.

Die totale öffentliche Zensur, das absolute Verbot von Mord in Stammheim zu reden, die vollständige Kriminalisierung der Unterstützung von Hungerstreiks, die allgemeine Schaffung einer ideologischen Atmosphäre, in der Lynchjustiz möglich ist, "Gefangene nicht mehr gemacht werden", die "Endlösung" der Gefangenen des westdeutschen Imperialismus verwirklicht werden können.

Nicht nur die Ereignisse in Stammheim selbst, sondern auch wie schnell Stammheim von den imperialistischen Medien als Thema wieder abgesetzt wurde, wie schnell auch die Opportunisten "vergessen" zu untersuchen, was in Stammheim wirklich geschehen ist, all das stellt den wahrhaften Marxisten-Leninisten und Revolutionären nachträglich die Aufgabe, nach wie vor trotz aller Zensur und allen Zensurversuchen an der Wahrheit festzuhalten, die Tatsachen in den westdeutschen Gefängnissen zu enthüllen, die politischen Gefangenen des westdeutschen Imperialismus allseitig zu verteidigen, gegen die faschistische Hetze, die gegen sie betrieben wird und mit der die Werktätigen in Westdeutschland verseucht werden sollen, anzutreten und gleichzeitig nach wie vor den Weg der gewaltsamen sozialistischen Revolution zu propagieren.

Die westdeutschen Marxisten-Leninisten müssen gegen die Faschisierung im Innern genauso wie gegen den Rassismus und Chauvinismus gegenüber anderen Völkern ankämpfen, ohne deshalb auf ihre eigentliche Aufgabe zu verzichten, die Vorbereitung und Durchführung der gewaltsamen sozialistischen Revolution in Westdeutschland, der Errichtung der Diktatur des Proletariats durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen werktätigen Massen.

Wer die alltäglichen Verbrechen an den revolutionären politischen Gefangenen verschweigt oder ignoriert, wer keine ständige und allgemeine Solidarität mit diesen Gefangenen gegen die in den Gefängnissen praktizierte Faschisierung übt, sondern wie solche opportunistischen Gruppierungen wie die KPD/ML oder die KPD(RF) die Solidarität mit "ihren" Gefangenen in den Vordergrund stellt und die anderen "vergißt", der hilft mit bei den Beschönigungsversuchen des westdeutschen Imperialismus, "daß alles gar nicht so schlimm sei", und der verliert die Glaubwürdigkeit, wenn er sich bei offenen Verbrechen an Revolutionären empört. Und solche Leute sind überdies nicht fähig, diese Tatsachen in den richtigen Zusammenhang mit der allgemeinen Faschisierung zu stellen, ihre Planmäßigkeit und Folgerichtigkeit und die weitere drohende Entwicklung rechtzeitig zu erkennen und sich in revolutionärer Weise darauf vorzubereiten.

DIE FASCHISIERUNG IN WESTDEUTSCHLAND IST BEREITS WEIT VORANGESCHRITTEN

Ausschlüsse von Rechtsanwälten bei Prozessen und die Beschuldigung, sie seien "Mitglieder" oder "Unterstützer" einer kriminellen Vereinigung, lassen darauf schließen, welches Ausmaß die Faschisierung in Westdeutschland bereits erlangt hat; und das ist nur die Spitze des Eisberges. Die Grundlagen für diese Entwicklung, mit der bereits Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit, Schutz der Wohnung, Pressefreiheit - an den Maßstäben der Bourgeoisie gemessen - auf ein Mindestmaß reduziert worden sind, diese Grundlagen sind nicht erst heute gelegt worden.

Die Bourgeoisie in Westdeutschland besitzt reiche Erfahrungen im Kampf gegen die Revolution, in der Niederschlagung des Widerstandes der Arbeiterklasse. Sie knüpft vor allem an ihre Erfahrungen an, die sie dabei während des Hitler-Faschismus gewonnen hat. Nur wer leugnet, daß heute noch dieselbe Bourgeoisie an der Macht ist, wie zur Zeit des Hitler-Faschismus, wird überrascht sein von der Brutalität und Rücksichtslosigkeit, mit der die Faschisierung vorangetrieben wird.

In Westdeutschland wurde der Faschismus niemals vollständig ausgerottet; er hat in zahlreichen Gesetzen ebenso überlebt wie in der Übernahme und Wiedereingliederung zahlreicher Faschisten in einen im wesentlichen gleichstrukturierten Staatsapparat.

Die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens hatten das Ziel, die Wiederbelebung des Faschismus zu verhindern, die vom US-Imperialismus entweder erst gar nicht durchgeführt wurden oder nach und nach außer Kraft gesetzt wurden.

So wurde die im Potsdamer Abkommen festgelegte Entnazifizierung niemals wirklich durchgeführt, die beinhaltete, Polizei und andere Exekutivorgane zu dezentralisieren, nach den Erfahrungen mit der Gestapo und anderen faschistischen Unterdrückungsorganen. Was ist davon übrig geblieben? BKA, MEK, SEK, Fahndungscomputer etc. Die Polizei ist heute wie der weitgehend zentralisiert wie zur Zeit Hitlers und die paar regionalen Zuständigkeiten nichts weiter als Staffage.

Von Anfang an war der Antikommunismus in Westdeutschland, die schonungslose Verfolgung und Verketzerung alles dessen was kommunistisch schien, offizielle Politik in der Bundesrepublik. Diese Politik erhielt Stempel und Siegel mit dem reaktionären KPD-Verbot 1956, mit dem - auch hinter der "demokratischen" Maske - die Verfolgung des "Bolschewismus" durch den Hitler-Faschismus kontinuierlich beibehalten wurde.

Mit den Notstandsgesetzen von 1968 sind legale Grundlagen geschaffen worden, um alle Register der Unterdrückung ziehen zu können - und wie bald wurde davon Gebrauch gemacht.

- legales Abhören von privaten Telefonanschlüssen ebenso wie von Rechtsanwaltskanzleien und öffentlichen Telefonzellen.
- Hausdurchsuchungen ohne Hausdurchsuchungsbefehle, bei denen die Beschlagnahme von Büchern, Plakaten ebenso wie von Privatpost üblich ist, wo bei Nichtanwesenheit der Bewohner die Türen eingetreten werden und auch bei Anwesenheit niemand garantieren kann, ob das Ergebnis nicht eine völlig demolierte Wohnung ist. Mittlerweile sind die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, die der Polizei erlauben, nicht nur Einzelwohnungen, sondern ganze Wohnblocks bei "Gefahr im Verzuge" zu durchsuchen.
- Bei Straßenkontrollen, die schon permanent geworden sind, und lediglich "bei Bedarf" eskaliert werden, so daß einem einzigen Reisenden blühen kann, viermal und mehr kontrolliert zu werden. Maschinenpistolen im Anschlag sind die Regel, ohne jeden Anlaß können dabei sämtliche Taschen der Insassen ebenso untersucht werden wie der ganze Wagen.
- Selbst Meinungsäußerungen werden mit hohen Haftstrafen geahndet, wie etwa die Bezeichnung eines Kriegsverbrechers und Angehörigen einer verbrecherischen Organisation - der SS etwa - als "Kriegsverbrecher und Blutsauger" auf einem öffentlichen Marktplatz mit sechs Monaten ohne Bewährung.
- Die Erforschung der "Gesinnung" bei einer Anstellung im Staatsdienst, eine Praxis, die die Faschisten in Deutschland vor 40 Jahren mit derselben Gründlichkeit betrieben, bis hin zur Kontrolle, wer welche Bücher in öffentlichen Bibliotheken ausleiht.
- Während mittlerweile Verena Becker, die auf Polizisten geschossen hat, ohne jemanden zu töten, lebenslange Haft erhält, werden Polizisten, die Menschen erschießen, nicht einmal in Untersuchungshaft genommen, geschweige denn angeklagt, unabhängig davon, ob sie jemanden im "Dienst" oder in der "Freizeit" erschießen.
- Besondere Unterdrückung erfahren die ausländischen Studenten und Arbeiter in der BRD: Abschiebehaft, Abschiebung politisch Verfolgter, Erschießungen von Ausländern durch deutsche Polizisten, intensive Unterstützung ausländischer Geheimdienste bei ihrer Arbeit der Verfolgung ausländischer Revolutionäre in der BRD.

So wurden z.B. in Nürnberg mehrere türkische Streikposten verhaftet und sogleich fast vollzählig in die Türkei abgeschoben, in ein faschistisches Land; ausländische Demonstranten, die auf einem Transparent richtig den Schah als Mörder anprangerten, wurden sogleich verhaftet und wegen "Beleidigung eines Staatsoberhauptes" angeklagt.

DIE FASCHISIERUNG ZIELT AUF EINSCHÜCHTERUNG UND DIE VORBEREITUNG NOCH STÄRKERER UNTERDRÜCKUNG

Zahlreiche Repressionen haben vor allem den Zweck einzuschüchtern, "potentielle Gewalttäter" zu erfassen und überwachen zu können etc.

Die Bourgeoisie will demonstrieren, welche Maßnahmen sie noch in der Reserve hat, über allen das Damoklesschwert schweben zu lassen, um so mit Nachdruck allen Revolutionären und Demokraten zu empfehlen: Wollt ihr festhalten am Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung, am Kampf gegen Chauvinismus und Rassismus, am Kampf gegen Imperialismus und Faschismus, so kann es euch in Zukunft noch schlechter ergehen, als es euch gegenwärtig schon ergeht.

Die heute bereits im Fernsehen, Rundfunk und der öffentlichen Presse allgemein übliche "Selbst"zensur, kombiniert mit tatsächlich bereits unmittelbar praktizierter Zensur "gewaltverherrlichender Schriften und Filme" ist eine Androhung, lieber freiwillig auf die Propagierung revolutionärer und fortschrittlicher Ideen zu verzichten.

Das ganze wird erreicht mit Hilfe der berüchtigten Paragraphen 88 a), 130 etc., die in der Praxis noch nicht umfassend eingesetzt werden.

Derselben Kontrolle dienen verschiedentlich ausgesprochene Verbotsdrohungen, Berufsverbote gegen Mitglieder von als "linksradikal" eingestuften Organisationen, die legal sind. Würde die Bourgeoisie ihre eigenen Gesetze heute schon buchstabengetreu anwenden, wären zahlreiche Organisationen schon längst verboten.

Durch die Bedrohung durch das Verbot wird damit massiv der Opportunismus und das Kapitulantentum in diesen Organisationen begünstigt. Das drückt sich nicht zuletzt darin aus, daß es nach der Ermordung von Holger Meins und von Ulrike Meinhoff noch größere Demonstrationen gab; nach den "Selbst"-ermordungen von Stammheim kamen knapp 1300 nach Stuttgart zur Beerdigung.

Es gibt heute keine breite Solidaritätsbewegung mit den bereits unmittelbar verfolgten Revolutionären und Demokraten.

Die großangelegten Straßenkontrollen, die totale Erfassung der Personalien von Demonstranten wie z.B. von den Teilnehmern der Beerdigung Jan Carl Raspes, Gudrun Ensslins und Andreas Baders - insgesamt wurden 1300 Personen "erfaßt" -, die Überwachung von Telefongesprächen "verdächtiger" Personen, die Kontrolle und Ablichtung von Personalausweisen von Besuchern bei politischen Gerichtsprozessen haben für die Bourgeoisie zwei Funktionen: Die Einschüchterung und die Registrierung, um "für alle Fälle" potentielle Revolutionäre erfaßt zu haben. (1)

Der großangelegte Umfang der Kontrolle von Telefongesprächen usw. führt dazu, daß in der antiimperialistischen und antifaschistischen Bewegung eine Stimmung entsteht: Diese Überwachungen dienen doch nur der Einschüchterung, sie haben ja keinerlei Folgen.

Gezüchtet wird eine solche Haltung von den legalistischen Opportunisten des KBW, der KPD(RF) und der KPD/ML oder des KB, die es geradezu darauf anzulegen scheinen, der Bourgeoisie möglichst viele Gesichter, Autonummern, Unterschriftenlisten mit Namen und Adressen preiszugeben.

Der KPD(RF) scheint es nichts auszumachen, wenn die Abonnenten der "Roten Fahne" registriert werden. Wie könnte sie sonst die Abonnentenkartei in den offiziellen Redaktionsräumen aufbewahren, wo sie auch prompt bei einer Hausdurchsuchung von der Polizei 1973 beschlagnahmt wurde.

Bei Großveranstaltungen der KPD/ML, wie z.B. anlässlich des III. Parteitages in Ludwigshafen 1976 parkten Mitglieder und Sympathisanten ungeniert rund um das Veranstaltungsgebäude. Diese Gelegenheit ließen sich die Spitzel nicht entgehen und notierten die Autonummern, was man daraus ersehen kann, daß mittlerweile bereits einige "Parksünder" aufgrund dieser Tatsache ihre Arbeitsstelle verloren haben.

Der KBW erhebt seinen Legalismus gar zum Prinzip: Er organisierte zur Demonstration in Bonn anlässlich der Verbotsdrohungen gegen KPD(RF), KPD/ML und KBW Ende 1977 einen Autocorso. Als ob dies nicht schon der Gipfel wäre, versteigt sich der KBW auch noch dazu, das zu rechtfertigen. Er reduziert die Funktion der BKA-Computer darauf, daß "letzten Endes aus dem Computer tickern wird, daß die Massen gegen die Bourgeoisie sind. Für uns ist das nichts neues." Für uns auch nicht. Hier handelt die KBW nicht anders, als jeder bezahlte agent provocateur handeln würde.

(1) Inzwischen ist die Polizei dazu übergegangen, Personalausweise von "Verdächtigen" mit einem "D" zu kennzeichnen, wie bei den Teilnehmern an der Beerdigung von Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Gudrun Ensslin praktiziert. Der neue Judenstein ist schon da! (siehe ID Nr. 202, S.6)

Bezeichnend für alle diese Organisationen ist auch, daß sie hin und wieder ihre Zentralorgane in Fotoalben ihrer Mitglieder und Sympathisanten zu verwandeln, um die Erfolge ihrer Aktivitäten wie Demonstrationen, Presse- und anderer Feste lebensnah und plastisch zu dokumentieren. Allein auf einer Doppelseite des "Roten Morgen" waren 120 Gesichter von Besuchern ihres Pressefestes sichtbar, was der politischen Polizei die Arbeit doch sehr erleichtert.

Diesen ganzen Legalismus begründen die Opportunisten mit fadenscheinigen Argumenten:

Es sei nicht nötig, konspirativ zu arbeiten, da die Mitglieder ihrer Organisationen eh der Bourgeoisie bekannt seien. Je mehr Gesichter und Adressen der Bourgeoisie bekannt seien, desto schwieriger sei es, "kommunistische Kader" herauszufischen. Es sei der Bourgeoisie nicht möglich 10.000 Menschen zu verhaften und überhaupt behindere Konspiration nur die "breite Massenarbeit".

In Wirklichkeit dient die umfassende Registrierung von Revolutionären und Demokraten der Erstellung von Listen, um zu einem geeigneten Zeitpunkt einen konzentrierten Schlag gegen die antiimperialistische, antifaschistische und kommunistische Bewegung führen zu können.

Die Geschichte hat bewiesen, daß es den deutschen Faschisten möglich war, bereits unmittelbar nach der "Macht-ergreifung" in der Nacht über 10.000 Menschen zu verhaften. Ganz zu schweigen von dem was in den Jahren danach folgte. Die Revolutionäre müssen sich immer die Lehre Enver Hoxhas vor Augen halten:

"Das Bürgertum läßt dich ruhig Psalmen singen, doch dann versetzt es dir plötzlich einen faschistischen Faustschlag auf den Kopf, daß dir Hören und Sehen vergeht, weil du weder die Sturmkader ausgebildet, noch die illegale Arbeit geleistet, weder die Räume, wo du dich verbergen kannst, noch die Kriegsmittel vorbereitet hast. Einer solchen tragischen Eventualität müssen wir vorbeugen."

(Rede 1960 auf der Moskauer Beratung, S.22)

Wahrhafte Revolutionäre dürfen sich im Kampf gegen den Faschismus und Imperialismus nicht einschüchtern lassen und müssen den Widerstand verstärken und entwickeln. Das geht aber nur, wenn die Revolutionäre verstärkten Nachdruck auf den Schutz vor der Bourgeoisie legen, dafür Sorge tragen, daß der Bourgeoisie so wenig wie möglich bekannt wird. Nur wenn diese beiden Seiten gleichermaßen berücksichtigt werden, läßt sich der antiimperialistische Kampf trotz zunehmender Faschisierung weiter entwickeln.

DIE UNTERDRÜCKUNG WIRD AUCH AUF IDEOLOGISCHEM GEBIET MASSIV VORANGETRIEBEN

Der westdeutsche Imperialismus will durch direkte Unterdrückung und durch eine in ihrem Umfang und ihrer Raffinesse nur noch mit der Nazipropaganda vergleichbaren Hetzflut gegen alles Kommunistische, Revolutionäre, Fortschrittliche und Antifaschistische die Werktätigen einschüchtern, den Nebel der Bespitzelung, der Denunziation und der allgemeinen Hysterie ausbreiten. Gleichzeitig wird seit Jahren schon durch Hitler-Nostalgie, bombastische Kriegsfilme, Landser-Heftchen, SS-Kameradschaftstreffen, Propaganda für Hess und Kappler und andere Kriegsverbrecher Chauvinismus und ideologische Bereitschaft für den Krieg geschürt.

Anlässlich des imperialistischen Piratenaktes in Mogadischu schwappte die reaktionäre Stimmungsmache in Extase über: Das Lied vom alten Kameraden, Tränen beim Absingen der Nationalhymne und der knappe Kommentar "Auftrag erledigt, drei Terroristen tot". Es gibt endlich wieder Helden "mit kernigen, scharfgeschnittenen Gesichtern", "echte Kämpfer", die "Draufgänger" sind. Deutschland, Deutschland über alles hat wieder die "besten und härtesten Soldaten der Welt"!

All das geschieht, um im Schutze dieser ideologischen Kampagne die imperialistischen Ziele des westdeutschen Imperialismus vorantreiben zu können. All das geschieht, um die faschistische "Volksgemeinschaft" herzustellen, um so die wesentliche Voraussetzung für großangelegte Raubzüge und Raubaktionen zu schaffen.

Mit welchen Methoden die Bourgeoisie dabei vorgeht, soll an der verordneten Diskussion über die Todesstrafe gezeigt werden. Solche Diskussionen beginnen immer "zufällig" gleichzeitig in allen großen Illustrierten, im Fernsehen, im Bundestag usw. Bei der Diskussion über die Todesstrafe wurden alle möglichen faschistischen Argumente propagiert, vereinzelt Bundestagsabgeordnete sprachen sich für die Todesstrafe aus, "Meinungsforschungsinstitute" produzierten die für die Bourgeoisie wünschenswerten Zahlen.

Was wurde mit einer derartigen Kampagne bezweckt? Es wurden in einer breiten Diskussion verschiedene Formen faschistischer Unterdrückung propagiert, von Resozialisierungsplänen durch Zwangsarbeit über den Todesschuß von Polizisten bis hin zur offen proklamierten Todesstrafe. Der faschistische Leitsatz "der Zweck heiligt die Mittel" soll zum obersten Gebot werden. Die Notwendigkeit der politischen Unterdrückung wird damit stillschweigend vorausgesetzt, lediglich über die zweckmäßigste Form wird noch gestritten.

Vor dem Hintergrund der in der Presse und im Radio, Fernsehen etc. ausgewalzten faschistischen Unterdrückungsmöglichkeiten soll der gegenwärtig bereits a u s g e ü b t e Terror der Bourgeoisie vergleichsweise harmlos erscheinen. Gleichzeitig soll der Eindruck erweckt werden, daß die "Volksmeinung" solche faschistischen Maßnahmen begrüßen würde - wozu auch die immer wieder ins Blickfeld gerückten "Meinungsumfragen" dienen -, das Volk wird also als reaktionär hingestellt. Die tatsächlich vorhandenen reaktionären Strömungen in den Volksmassen - vor allem im Kleinbürgertum, aber auch in Teilen der Arbeiterklasse - sollen angeblich nicht von der Bourgeoisie selbst ausgestreut und eingimpft worden sein, nein, es soll propagiert werden, als ob die "Staatsmänner" die einzigen seien, die das "reaktionäre Volk" im Zaum halten können; dazu sei es natürlich notwendig, hie und da einmal dem "Volkswillen" nachzugeben, d.h. den Wünschen der Bourgeoisie entsprechend die Faschisierung voranzutreiben.

Besonders penetrant gebärdet sich in diesem Zusammenhang die KPD/ML, die aufgrund ihrer Vorstellung vom spontan entstehenden Klassenbewußtsein tatsächlich vorhandene reaktionäre Strömungen unter den Werktätigen, die von der Bourgeoisie entfacht und geschürt werden, einfach als etwas f o r t - s c h r i t t l i c h e s ausgibt.

Anläßlich der Flugzeugentführung von Mogadischu und dem Überfall der GSG 9 schreibt der "Rote Morgen":

"Dabei benutzen sie (die westdeutschen Imperialisten, Adv) s c h a m l o s das E m p f i n - d e n der Massen aus, daß eine B l u t s c h u l d (!!) gegen das Volk n u r m i t B l u t g e - s ü h n t werden kann." (RM 38/77, S.1)

Die Progrome sind ja an und für sich nicht schlecht - schreit der "Rote Morgen" - sie müssen "nur" gegen die Bourgeoisie gerichtet werden!

Eine der reaktionärsten Ideologien, die Blutrache, wird von der KPD/ML als etwas Richtiges und Fortschrittliches propagiert, natürlich unter der Bedingung, daß die KPD/ML an der Spitze steht.

Man sieht, was das Ergebnis der Anbetung der Spontaneität ist: Die von den Imperialisten verbreiteten Stimmungen, das "gesunde Volksempfinden", das von den Imperialisten unter den Massen herangezüchtet wird, wird von der KPD/ML aufgegriffen und dadurch angeblich revolutionär, daß man es mit einem revolutionären Vorzeichen versieht.

Wie weit die imperialistische Propaganda unter den Werktätigen Fuß gefaßt hat, hat sich insbesondere an der Hetze gegenüber den ausländischen Arbeitern gezeigt, die zu einer

häufig verbreiteten chauvinistischen Haltung ihnen gegenüber geführt hat. Der Chauvinismus dient zu nichts anderem als dazu, die deutschen von den ausländischen Arbeitern zu trennen, eine einheitliche Kampffront zu verhindern und gleichzeitig das ideologische Rüstzeug zu liefern, mit dem die Imperialisten die Massen in einen Krieg gegen andere Völker schicken können.

Bezeichnend für die chauvinistische Haltung ist die folgende "Analyse" der KPD/ML:

"Es ist wahr, ausländische Arbeiter nehmen den deutschen die Arbeitsplätze weg, aber ..."

In der revolutionären Bewegung wird heute die Aufgabe des Kampfes gegen den Imperialismus auf dem Gebiet der Ideologie - und auf diesem Gebiet ist die westdeutsche Bourgeoisie besonders erfahren - von zwei scheinbar gegensätzlichen Richtungen aus geleugnet:

Die einen sagen ganz einfach: Die Massen sind reaktionär und damit leugnen sie, daß die Imperialisten es sind, die i h r e reaktionäre Ideologie unter die Massen bringen.

Die anderen, wie die KPD/ML, ignorieren einfach den Einfluß der imperialistischen Ideologie auf die Massen und knüpfen an dem von den Imperialisten geschaffenen "gesunden Volksempfinden" an.

Beide Positionen sind sich aber in den Schlußfolgerungen verblüffend einig: Der Kampf um das Bewußtsein der Massen ist für sie überflüssig, sie wollen den Klassenkampf auf diesem Gebiet nicht führen. Jedoch ist der Klassenkampf auf diesem Gebiet Voraussetzung für die wirklich antifaschistischen und antiimperialistischen Massenaktionen.

EXISTIERT IN WESTDEUTSCHLAND HEUTE BEREITS EIN NEUER FASCHISMUS ODER GIBT ES NOCH EINE BÜRGERLICHE DEMOKRATIE?

Die Imperialisten haben mit solchen falschen Fragestellungen viel Verwirrung angerichtet.

Eines der häufigsten Mittel, um die Massen von der Revolution abzuhalten, ist die Propaganda eines Trugbildes von der "bürgerlichen Demokratie", in der angeblich die "Gleichberechtigung für jedermann", "gleiches Recht für alle" usw. herrscht.

Es gibt aber in Wirklichkeit keine Demokratie aller Klassen, sondern immer nur im Interesse der herrschenden Klasse. (1)

(1) Der KBW propagiert als selbstverständlich, daß unter der Diktatur des Proletariats "demokratische Rechte für jedermann

Die Imperialisten und Opportunisten versuchen immer den Eindruck zu erwecken, als ob es eine über dem Staat stehende "Demokratie", eine unabhängig vom kapitalistisch-imperialistischen Charakter des Staatsapparates existierende "demokratische Gesellschaft" gäbe und lenken damit von der Staatsfrage als wesentlicher Frage ab.

Im Kapitalismus und erst recht im Imperialismus gibt es eine Demokratie nur für die Bourgeoisie, für diejenigen, die die Macht und die Mittel besitzen, ihre Auffassungen durchzusetzen. Drüberhinaus schränkt die Bourgeoisie selbst die von ihnen recht zahlreich produzierten "Menschenrechtskonventionen", "Grundgesetze" und sonstige Verfassungen im nachhinein durch tausenderlei Zusatzparagraphen und Bestimmungen wieder ein und höhlt sie mehr oder weniger gründlich aus, soweit sie überhaupt Rechte enthalten, die das Proletariat und die ausgebeuteten Massen für ihren Kampf ausnutzen und verwenden können.

In der Epoche des Imperialismus erhält das Geschwätz der Bourgeoisie von der "Gleichheit für jedermann" einen besonders verlogenen und reaktionären Charakter. Der Imperialismus verschärft alle dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche und bedeutet ein Anwachsen des Militarismus, der Kriege, der Reaktion im Innern, der Befestigung und Erweiterung der Unterdrückung der Arbeiterklasse im Innern und anderer Völker nach außen, worauf Lenin hingewiesen hat:

"Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überall den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel u n t e r w e l -
c h e m p o l i t i s c h e n S y s t e m ..."
("Der Imperialismus" 1916, Lenin Werke 22, S.302)

Auch in Westdeutschland ist der Grundzug des politischen Systems die Reaktion. So gilt in der sogenannten Bundesrepublik Deutschland - der Name drückt bereits den revanchistischen Anspruch über ganz Deutschland aus -, ein Grundgesetz, das sich von vorneherein zum Ziel setzt, die DDR zu annektieren, die bei der Gründung der BRD noch sozialistisch war. Der Kampf gegen den Sozialismus, der Antikommunismus und der Revanchismus sind wesentliche Bestandteile eben dieses Grundgesetzes.

in allen Staatsangelegenheiten" existieren werde. (Kommunismus und Klassenkampf Nr. 2, 1974, S.103 oder Nr. 4, 1974, S.27) Das ist nichts anderes als Klassenversöhnung, gegen die die Klassiker des Marxismus-Leninismus seit jeher gekämpft haben. "Die Diktatur des Proletariats kann keine 'vollständige' Demokratie, keine Demokratie für alle, sowohl für die Reichen als auch für die Armen sein ..." (Stalin, Werke 6, S.102)

Unter diesen Bedingungen einfach vom demokratischen Kampf zu sprechen, ohne das reaktionäre Wesen des Imperialismus und des westdeutschen insbesondere, zu entlarven, ohne zu erwähnen, daß der Faschismus nie bis zur Wurzel ausgerottet wurde, zahlreiche Hitlerfaschisten wieder zu Amt und Würden gelangten, in dieser Land also die "bürgerliche Demokratie" zu beschwören, schafft von vorneherein gefährliche Illusionen über die Ausgangsbedingungen für den demokratischen Kampf. Ein derartiger Kampf kann sich niemals auf den Boden des Grundgesetzes stellen.

Wer andererseits heute davon spricht, daß es in der BRD einen neuen Faschismus gäbe, der läßt damit die gewaltigen Entwicklungsmöglichkeiten außer Acht, die die westdeutschen Imperialisten noch besitzen, um ihren Terror gegen alle vermeintlichen und wirklichen Revolutionäre, gegen das Proletariat und die Werktätigen noch um ein beträchtliches Maß zu verschärfen. Zugleich darf man nicht vergessen, daß die westdeutsche Bourgeoisie heute den offenen Faschismus noch nicht nötig hat, da ihr Einfluß auf die Arbeiter, die Werktätigen relativ ungebrochen ist, wenn man die Lage insgesamt betrachtet.

Für die "Ruhe an der Heimatfront", die herzustellen die Bourgeoisie gegenwärtig nicht dieselbe Mühe kostet wie 1933, weil damals eine starke Kommunistische Partei und eine starke Massenbewegung existierte, d.h. zur Errichtung einer neuen faschistischen Herrschaft benötigt die westdeutsche Bourgeoisie nicht unbedingt einen spektakulären Pferdewechsel wie 1933.

Sie braucht für die Einführung des Faschismus nicht das Einparteien-System, wie die Propagandisten des "Rechtskartelles" uns weismachen wollen. Der Faschismus wird heute schleichen-der und unauffälliger eingeführt, ohne alle Parteien außer einer zu verbieten. Sehr wichtig für den antifaschistischen Kampf in Westdeutschland ist es also, die Aufmerksamkeit zu lenken a u f j e d e n e i n z e l n e n S c h r i t t d e s F a s c h i s m u s, auf den s c h l e i c h e n d e n Faschismus, auf die faschistische I d e o l o g i e, auf das Z u s a m m e n s p i e l zwischen faschistischen Banden, die vom Verfassungsschutz völlig unterwandert sind, mit dem Staatsapparat, der Polizei, den Geheimdiensten etc.

Diejenigen, die heute schon vom "neuen Faschismus" reden, leisten dem Defätismus Vorschub, der jeden Kampf gegen Imperialismus und Faschismus als aussichtslos hinstellt und damit sabotieren will.

Sehr geschickt knüpfen die modernen Revisionisten an tatsächliche Unterschiede zwischen dem Hitlerfaschismus und dem heutigen Stadium der Faschisierung an, aber nicht, um den antifaschistischen Kampf verstärkt zu führen, sondern um ihn a b z u w ü r g e n, wo immer es geht: "Wer heute vom Faschismus in der BRD redet, der beleidigt die KZ-Opfer, alle Menschen, die vom Hitler-Faschismus verfolgt worden sind."

Sie sabotieren nicht nur den militanten und den ideologischen Kampf gegen die Faschisierung durch den westdeutschen Staatsapparat, sondern lenken den antifaschistischen Kampf allein gegen die faschistischen Banden ab, und fallen direkt in den faschistischen Hetzchor gegen "Terroristen, Chaoten und Untermenschen" ein.

DEN ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF VERBINDEN MIT PROLETARISCH-INTERNATIONALISTISCHER SOLIDARITÄT

Die Faschisierung in Westdeutschland hat wie die eines jeden imperialistischen Landes zwei Funktionen: Die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges durch die Schaffung der "Ruhe an der Heimatfront" und die Unterdrückung der Revolution. Dabei kann für die Imperialisten die Faschisierung entweder vorrangig die Aufgabe haben, die Revolution zu unterdrücken, weil sie bereits so stark entwickelt ist, daß die Diktatur der Bourgeoisie gefährdet ist, oder aber die Aufgabe der Durchsetzung eines imperialistischen Krieges zur Durchsetzung ihrer Großmachtambitionen vorrangig zu erfüllen.

Die westdeutschen Imperialisten betreiben die Faschisierung heute vor allem zur Vorbereitung eines imperialistischen Krieges, zur Durchsetzung ihrer revanchistischen Ziele, und der Aspekt der Unterdrückung einer revolutionären Massenbewegung, die diesen Staatsapparat wirklich gefährden könnte, spielt eine untergeordnete Rolle.

Es gibt einige besonders größenwahnsinnige Auffassungen in den Reihen der Pseudomarxisten, die die Faschisierung als hauptsächlich gegen sie gerichtet betrachten, ja einige versteigen sich sogar dazu, die Faschisierung nur und ausschließlich darauf zurückführen zu wollen, daß sie selbst die Ursache seien, die die Bourgeoisie dazu treibe, die Faschisierung zu entfalten, ihre Organisation für die Bourgeoisie so gefährlich sei und die Revolution bereits vor der Tür stünde.

Die Opportunisten trennen die Faschisierung von der Militarisierung und der Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges und sie trennen den antimilitaristischen Kampf und den antiimperialistischen Kampf vom antifaschistischen Kampf. Deshalb sehen sie keine Verbindung zwischen der Faschisierung und der Gefahr eines imperialistischen Krieges in Westdeutschland.

Im antifaschistischen Kampf zeichnen sie sich durch ekelhafte Selbstgefälligkeit aus: Die proletarische Solidarität - gerade auch im antifaschistischen Kampf von lebenswichtiger Bedeutung - wird von diesen pseudomarxistischen Organisationen verstümmelt zu einer Solidarität im eigenen Interesse, mit Gefangenen ihrer eigenen Organisationen, zu einer Solidarität nur mit Leuten ihrer eigenen opportunistischen Anschauungen.

Die Bourgeoisie versteht es, diesen Verzicht auf eine umfassende Solidarität mit allen, die gegen den westdeutschen Imperialismus kämpfen und deshalb verfolgt werden, für ihre Ziele auszunutzen.

Während sich die Staatsschergen heute im wesentlichen darauf konzentrieren, diejenigen zu verfolgen und zu inhaftieren, die erklärtermaßen für heute bereits den bewaffneten Kampf fordern und ihn auch führen, verfolgen sie ebenso alle diejenigen, die sich nicht die Solidarität mit diesen vom Imperialismus verfolgten Revolutionären verbieten lassen. Gleichzeitig schüren sie die Widersprüche, die die Opportunisten zu diesen revolutionären Gefangenen in der Frage des bewaffneten Kampfes haben.

So sind in der Zeit nach den "Selbstermordungen" von Stammheim die Opportunisten aus dem pseudomarxistischen Lager - von der DKP ganz zu schweigen - eifrig damit beschäftigt, sich vom "Terrorismus" abzugrenzen, wobei sie gleichzeitig keinerlei Solidarität mit den in Stammheim Ermordeten üben; das paßt in des Konzept der konterrevolutionären Strategen haargenau hinein.

Wenn irgendwelche Leute sich allerdings bereit finden, sich den tausenderlei Vorbedingungen zu fügen, sich im Grunde den opportunistischen Zielen der Pseudomarxisten zu unterwerfen, dann werden sie "belohnt" mit ein bißchen "Solidarität". (Z.B. Horst Mahler von der KPD(RF), als er in deren Unterorganisation "Rote Hilfe" eintrat und die KPD(RF) unterstützte.)

Diese arrogante Auffassung von Solidarität widerspricht nicht nur den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, sondern hemmt auch ganz gewaltig den antifaschistischen Kampf. Wahre Marxisten-Leninisten üben Solidarität mit allen, die wie auch immer wirklich gegen Faschismus und Imperialismus kämpfen, und zwingen dabei anderen Revolutionären und Demokraten niemals ihre Auffassungen auf, sondern überzeugen sie im ideologischen Kampf.

Die fehlende Solidarität mit verfolgten Revolutionären zeigt sich besonders drastisch an der lauen und nicht vorhandenen Solidarität und der Unterstützung von ausländischen Arbeitern und vor allem ausländischer Revolutionäre, die der voranschreitenden Faschisierung in Westdeutschland sehr massiv und unmittelbar ausgesetzt sind.

Dem Chauvinismus und Rassismus sind die ausländischen Arbeiter tagtäglich in vielerlei Formen ausgesetzt. Die imperialistische Propaganda hat die ausländischen Arbeiter zu Menschen Zweiter Klasse gestempelt und versucht diese chauvinistische und rassistische Ideologie den westdeutschen Arbeitern und Werktätigen einzuimpfen, wobei an die Hetze des Hitler-Faschismus gegen Juden, Nichtarier und Kommunisten angeknüpft wird.

Die Überheblichkeit gegenüber ausländischen Arbeitern wird gezüchtet, um die ausländischen Arbeiter von den deutschen zu isolieren und somit besser ausbeuten und unterdrücken zu können.

Ihre Behandlung als "minderwertige Rasse" zeigt sich daran, daß die ausländischen Arbeiter Schwerstarbeit unter Lebensgefahr verrichten müssen und das für Hungerlöhne. Es zeigt sich weiter daran,

- daß ihnen die miserablesten Wohnungen zu Wuchermieten zugewiesen werden, sie in verslumten Stadtteilen zusammengepfercht werden; inzwischen werden sogenannte Sperrgebiete, für Ausländer verbotene Städte und Landstriche proklamiert, um eine "Überfremdung" der westdeutschen Arbeiterklasse zu verhindern.
- daß die ausländischen Kinder und Jugendlichen zu Analphabeten herangezogen und zu Versagern gestempelt werden. Ausländische Jugendliche bekommen daher als letzte einen Arbeitsplatz und ihr Anteil an der Jugendarbeitslosigkeit ist am größten.
- daß die sofortige Abschiebung droht, wenn ein Ausländer der geringsten Gesetzesüberschreitung überführt wird, oder sie es wagen, sich die einfachsten Lebensrechte zu nehmen, die ihnen verweigert werden, weil sie Ausländer sind.
- daß nicht viel Aufhebens gemacht wird, wenn ein Ausländer von aufgetzten Polizisten erschossen wird, was den Schluß zuläßt, daß die herrschende Auffassung die ist, daß es sich hier um "minderwertiges Leben" handelt.

Der Chauvinismus und Rassismus kristallisiert sich in der Verfolgung ausländischer Revolutionäre durch die westdeutschen Behörden:

- Ausländische REvolutionäre werden verhaftet, nur weil sie es wagen, z.B. den Schah als Faschisten und Mörder zu bezeichnen.
- Westdeutsche Unterdrückungsorgane arbeiten eng mit den ausländischen faschistischen Geheimdiensten wie SAVAK (Iran) oder MIT (Türkei) zusammen bei der Verfolgung der ausländischen Antifaschisten und Antimperialisten, und dulden und fördern faschistische Banden.
- Das Verbot von GUPS (Generalunion palästinensischer Studenten) und GUPA (Generalunion palästinensischer Arbeiter), die Abschiebung von Hunderten von Palästinensern hat gezeigt, daß die westdeutsche Bourgeoisie jederzeit bereit ist, die demokratischen Organisationen der Ausländer zu zerschlagen und ihre Mitglieder den faschistischen Regimen in ihren Heimatländern auszuliefern.

Die Selbstgefälligkeit und fehlende Solidarität der Pseudomarxisten gegenüber verfolgten Antifaschisten und Antiimperialisten hier in Westdeutschland erweist sich gegenüber den ausländischen Arbeitern und Studenten als blanker Chauvinismus; er ist die Ergänzung zu ihrem Verhalten der Revolution in anderen Ländern gegenüber.

Klar und unmißverständlich äußert sich dazu der Vorsitzende der KPD/ML, Ernst Aust, in seinem Rechenschaftsbericht an den III. Parteitag:

"Gab es bisher den Fehler ... daß sie (die Genossen, Adv) beispielsweise zu Dauerdemonstranten für die Befreiungskämpfe, gegen politische Verfolgungen im Iran, Oman, Türkei, Spanien usw. wurden, so ist dieser Fehler inzwischen weitgehend überwunden." (S.106)

Die KPD/ML hat es mit dieser "Überwindung" in mehrererlei Hinsicht geschafft, vom Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus abzulenken:

- Gerade in den genannten Ländern Iran, Spanien, Türkei, besitzt der westdeutsche Imperialismus großen politischen Einfluß, hat er sich mit aufwendigen Investitionen eingeknistet; dort ist die westdeutsche Expansion schon sehr weit ausgedehnt. Es ist die Pflicht westdeutscher Revolutionäre, gerade auch die Befreiungsbewegungen, die Revolutionäre in ganz besonderem Maße zu unterstützen, die in diesen Ländern kämpfen, da sie direkter als andere Völker von der Expansion des westdeutschen Imperialismus bedroht werden bzw. schon im Kampf gegen ihn stehen.
- Die KPD/ML versagt auch den antifaschistischen und antiimperialistischen Arbeitern und Studenten aus dem Ausland ihre Unterstützung, die hier in Westdeutschland gegen die Unterdrückung in ihren Ländern und gegen die Machenschaften des westdeutschen Imperialismus in ihren Ländern protestieren.

Das ist typisch für alle pseudomarxistischen Organisationen, die von ihren Mitgliedern verlangen, ihre Solidarität mit den ausländischen Arbeitern, den ausländischen Revolutionären e i n z u s c h r ä n k e n, wie es sich auf fast jeder größeren Solidaritätsdemonstration mit dem Kampf der Völker Spaniens, Irans, Palästinas, der Türkei und anderer Länder zeigt.

Am krassesten zeigt sich der Chauvinismus der Pseudomarxisten an der Forderung, daß die ausländischen Revolutionäre in Westdeutschland in i h r e n Organisationen und Parteien Mitglied werden sollen. Die westdeutschen Pseudomarxisten verlangen damit, daß die ausländischen Revolutionäre auf die Vorbereitung der Revolution in ihren Heimatländern verzichten und sich ganz für die Vorbereitung der Revolution in

Westdeutschland einzusetzen.

So heißt es im Statut der KPD/ML, um ein Beispiel herauszugreifen:

"Mitglied der Partei kann werden, wer seinen Wohnsitz in Deutschland hat" und
"Eine wichtige, den Betriebszellen zukommende Aufgabe ist die Arbeit mit den ausländischen Kollegen. Sie sind besonders ausgebeutet und haben während ihres Aufenthaltes in Deutschland den gleichen Hauptfeind wie wir. Die korrekte Inangriffnahme der Agitation und Propaganda unter den ausländischen Kollegen ... ist Bestandteil unserer Aufgabe der Gewinnung der Vorhut des Proletariats für den Kommunismus, für die Arbeit in der Partei, denn jeder der seinen Wohnsitz in Deutschland hat, kann Mitglied werden."

(Rechenschaftsbericht an den III. Parteitag, S.98)

Der Kampf gegen die Faschisierung muß verbunden werden mit der Unterstützung ausländischer Revolutionäre; wer den Faschismus bekämpfen will, muß auch den Rassismus und Chauvinismus bekämpfen.

DIE BEDEUTUNG DER REVOLUTIONÄREN GEWALT IN DEN DEMOKRATISCHEN KÄMPFEN

Die Haltung zur revolutionären Gewalt war schon seit jeher eine der wesentlichsten Trennungslinien zwischen Marxismus-Leninismus und den Opportunisten verschiedenster Schattierungen.

Die richtige Haltung zur revolutionären Gewalt ist von großer politischer Bedeutung: Die Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie, vor allem ihrer bewaffneten Verbände in der sozialistischen Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist nur möglich durch den bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse, geführt von ihrem revolutionären Kampfstab, der marxistisch-leninistischen Partei.

Die Diktatur des Proletariats kann n u r auf dem Weg des bewaffneten Kampfes errichtet werden, das ist eine der wichtigsten Lehren der Geschichte der Arbeiterbewegung. Der "friedliche Weg" ist unter den heutigen Bedingungen völlig ausgeschlossen und daher muß jede Form der Propagierung von "zwei Wegen der sozialistischen Revolution", einem "friedlichen und einem gewaltsamen Weg", als Verrat an der sozialistischen Revolution gebrandmarkt werden.

Aber auch in den antifaschistischen und antiimperialistischen Kämpfen, im demokratischen Kampf, der noch nicht auf die Beseitigung der Bourgeoisie abzielt, ist eine Beschränkung auf

den legalen Rahmen ein Verrat am demokratischen Kampf, ist ohne Anwendung der revolutionären Gewalt kein wirklicher Erfolg in diesen Kämpfen möglich, denn auch in diesen Kämpfen treffen die Massen unweigerlich auf den bürgerlichen Staatsapparat - wie beispielsweise die Februarkämpfe 1934 in Österreich bewiesen.

(Event. Reklame für die betreffende Nummer der Roten Fahne der MLPÖ)

Die Bourgeoisie und die Opportunisten bemühen sich mit allen Mitteln diesen demokratischen Kampf im legalen "friedlichen" Rahmen zu halten, und das nicht einmal nur, um die demokratischen Kämpfe mit allen Mitteln zu sabotieren. Die Bourgeoisie ist sich darüber im klaren - und das ist das wesentliche -, daß die demokratischen Kämpfe für die Entwicklung der sozialistischen Revolution von großer Bedeutung sind, wenn sie als V o r b e r e i t u n g der gewaltsamen sozialistischen Revolution dienen, wenn die Marxisten-Leninisten diese demokratischen Kämpfe immer und unter allen Umständen dem prinzipiellen Ziel der sozialistischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats u n t e r o r d n e n.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus der politischen Bedeutung des bewaffneten Kampfes für die Aufgaben der Marxisten-Leninisten?

Der bewaffnete Kampf ist die allerhöchste Kampfform des Proletariats. Die Haltung zu den Keimformen des bewaffneten Kampfes, zu gewaltsamen Massenaktionen ist von prinzipieller Bedeutung für die Aufgaben der Marxisten-Leninisten, die Massen ideologisch für die Revolution und für die Machtergreifung des Proletariats zu erziehen. Alle anderen Kampfformen des Proletariats müssen dieser Erziehung zum bewaffneten Kampf d i e n e n.

Eine Partei, die es mit der Erziehung des Proletariats und der werktätigen Massen ernst meint und sie wirklich vorwärtsführen will, muß nicht nur jede kleinste Illusion über irgendeine andere, bequemere, leichtere Lösung, als durch den bewaffneten Kampf, bekämpfen, sondern sie muß auch ihre ganze S t r u k t u r, die Formen und Methoden ihrer Arbeit und ihres Kampfes, den Arbeitsstil ihrer Organe und Kader, den ganzen Charakter ihrer O r g a n i s a t i o n dieser entscheidenden Erkenntnis anpassen.

Die Propagierung der revolutionären Gewalt, des bewaffneten Kampfes der werktätigen Massen unter der Führung der Kampfverbände des Proletariats, ist nicht zuletzt von großer Bedeutung wegen ihrer gewaltigen, ideologisch b e f r e i e n d e n W i r k u n g auf die Massen, wenn sie es wagen, die Bourgeoisie vom Thron zu stürzen, auch und trotz der Gefahr, "gevierteilt" zu werden.

Gerade deshalb müssen die Marxisten-Leninisten den Massen den bewaffneten Kampf als eine Befreiung auch in ideologischer

Hinsicht propagieren und entschieden jede opportunistische Propaganda entlarven, die die revolutionäre Gewalt nur als vielleicht einmal "leider notwendiges Übel" gelten lassen wollen. In der gewaltsamen bewaffneten Revolution rechnen die Massen mit ihren blutrünstigen Ausbeutern und Unterdrückern ab, und jeder, der den Massen dieses Recht absprechen will, der spricht ihnen das Recht auf ihre wirkliche Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung ab.

Die Propagierung der revolutionären Gewalt durch die Massen ist gerade in einem imperialistischen Land von besonderer Bedeutung, in dem sich die Revolution - im Unterschied zu halbfeudalen und halbkolonialen Ländern - bis zur gewaltsamen Erhebung der Volksmassen unter der Führung des Proletariats r e l a t i v e n t w i c k e l t.

Gerade das nutzen die Opportunisten aus, um ihre demagogische Polemik gegen die revolutionäre Gewalt zu führen - dessen müssen sich die Marxisten-Leninisten bewußt sein. Um so bedeutungsvoller ist es für die Propagierung der revolutionären Gewalt gerade in Zeiten, in denen das Proletariat nicht unmittelbar mit dieser Frage konfrontiert und dadurch die Gefahr relativ groß ist, daß es durch die Demagogie des Opportunismus und den von dieser geschürten Illusionen Glauben schenkt.

Die modernen Revisionisten wie die DKP lehnen rundweg jede revolutionäre Gewalt ab, erst recht den bewaffneten Kampf des Proletariats zur Errichtung der Diktatur des Proletariats. Die "antirevisionistischen" Pseudomarxisten gehen dagegen geschickter vor. Zwar proklamieren sie hin und wieder - mal laut und mal leiser - die revolutionäre Gewalt, das sind sie schließlich ihrem Etikett "Marxismus-Leninismus" schuldig. W e s e n t l i c h aber ist - und das zeigt ihre wahre Ablehnung der revolutionären Gewalt -, daß sie allesamt ihre Mitglieder, das Proletariat, die Massen nicht im Sinne der Vorbereitung der gewaltsamen Revolution erziehen. Denn das würde bedeuten auf dieser Grundlage z.B. jegliche Illusion über den Charakter der imperialistischen Armee zu beseitigen.

(In ein Kästchen sollen hier verschiedene Zitate von KPD/ML, KBW, KPD(RF) etc. über die "Unbrauchbarmachung" der Armee, ihre "Umwandlung in eine Volksmiliz" bzw. über ihre unverhüllte Unterstützung als "Bollwerk gegen den sowjetischen Sozialimperialismus" usw.)

Eine systematische Auswertung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, vor allem auch ihrer Niederlagen, eine Auswertung der internationalen Erfahrungen auf dem Gebiet des bewaffneten Kampfes,

eine umfassende Analyse und Kritik an den bestehenden "Stadt-Guerilla Gruppen", nicht nur zur Abgrenzung, sondern auch gerade als ein Gebot der Solidarität mit den vom westdeutschen Imperialismus eingekerkerten oder schon liquidierten Genossen der RAF, der Bewegung 2.Juni und anderen, und zuerst und vor allem das intensive Studium der Klassiker zur Frage des bewaffneten Kampfes und der revolutionären Gewalt, die ja die Erfahrungen der Arbeiterbewegung aller Länder zu dieser Frage zusammengefaßt haben, erscheint uns dringend erforderlich um mit dem Opportunismus abrechnen und die werktätigen Massen wirklich auf die gewaltsame Revolution vorbereiten zu können.

DIE LEHREN AUS STAMMHEIM UND MOGADISCHU

Der westdeutsche Imperialismus ist ein eigener Kriegsherd, eine imperialistische Großmacht.

Wer nicht den antifaschistischen Kampf führt, verzichtet auf die Vorbereitung der sozialistischen Revolution in den Tageskämpfen der Massen.

Die Schwäche der Marxisten-Leninisten und die Stärke der Opportunisten ist der Hauptgrund für die ungenügende Entwicklung der Klassenkämpfe.

Die ideologische und politische Vorbereitung der Massen zur Anwendung revolutionärer Gewalt ist eine wichtige Trennwand zwischen Opportunisten und Marxisten-Leninisten.

Die Schlußfolgerung aus den Ereignissen in Mogadischu muß lauten, daß nur der den westdeutschen Imperialismus wirklich bekämpft, der als proletarischer Internationalist die Kämpfe der revolutionären Befreiungsbewegungen unterstützt, die den westdeutschen Imperialismus bekämpfen.

Wer die Drei-Welten-Theorie nicht bekämpft, kämpft nicht gegen den westdeutschen Imperialismus.